

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgehaltene Kolonne
oder deren Raum 40 Pf., für
Bereits- und Versammlungs-Anzeigen,
sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
für die nächste Nummer müssen bis
4 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 23. Oktober 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Das Ende des Bimetallismus.

Es hat sich erfüllt, das Schicksal des Bimetallismus.
Man hat in den Vereinigten Staaten endlich eingesehen,
dass die Goldwährungsländer sich beim besten Willen weder
durch Verhandlungen mit dem Spezialgesandten des Herrn MacKinley,
noch durch Wiederholung der stets ergebnislos verlaufenen
internationalen Währungskonferenzen zur Erreichung ihres guten
bewährten und auf absehbare Zeiten gesicherten Geldsystems
durch ein von der Theorie abgelehntes, durch die veränderten
Produktionsverhältnisse der Edelmetalle unhaltbar gewordenes
System versetzen können.

Zwei Möglichkeiten waren gegeben: die, dass die mächtigen
Goldwährungs-Länder England, das Deutsche Reich und die
lateinische Münzunion, die ja seit Einstellung der freien Silber-
prägung zu einem Goldwährungs-Gebiet geworden ist, ihre
Währungspolitik der der Vereinigten Staaten entsprechend
ändern, oder die andere Möglichkeit, dass die große Republik,
dem Zuge der Zeit folgend, wie Oesterreich-Ungarn, Russland
Indien seine Münzstätten dem Silber verschließt und den
Uebergang zur Goldwährung macht.

Die Vereinigten Staaten, schon jetzt eines der wichtigsten
Getreideausfuhrländer, werden bald auch mehr Industrie-
produkte ausführen als einführen, auch ihr Seehandel geht immer
mehr aus den Händen europäischer Großhändler in die heimischer
über, ein Land mit solch aufsteigender Wirtschaftsentwicklung
kann trotz der schweren Krisis, die das Land in den letzten
Jahren heimgesucht hat, auch das Opfer bringen, seine ver-
zerrte Währung in eine gesunde umzuwandeln.

Die Vereinigten Staaten, schon jetzt eines der wichtigsten
Getreideausfuhrländer, werden bald auch mehr Industrie-
produkte ausführen als einführen, auch ihr Seehandel geht immer
mehr aus den Händen europäischer Großhändler in die heimischer
über, ein Land mit solch aufsteigender Wirtschaftsentwicklung
kann trotz der schweren Krisis, die das Land in den letzten
Jahren heimgesucht hat, auch das Opfer bringen, seine ver-
zerrte Währung in eine gesunde umzuwandeln.

Die bimetallistischen Agitatoren werden bald ihre Arbeit
einstellen müssen, denn es wird niemand ein Interesse haben,
diese überaus kostspielige Agitation weiter zu unterhalten.
Selbst die verkohrtesten Nachläufer der Agrarier werden nun
bald einsehen, wie frivol, vollsündlich, unpatriotisch und

kurzsichtig-egoistisch ihr jahrelanges Bemühen war, die deutsche
Währung zu verschlechtern.

Kein vernünftiger Mensch kann heute dem Bimetallismus
noch eine Zukunft voraussetzen.
So geht auch diese Hoffnung der einseitig agrarischen
Interessenpolitiker zu grunde.

Politische Uebersicht.

Berlin, 22. Oktober.

Das preussische Dreiklassen-Wahlrecht ist schon jetzt
zu einer aktuellen politischen Frage geworden. Die
Sozialdemokratie hat den Kampf gegen dieses böseste aller
Wahlrechtssysteme aufgenommen und die Frage der Reform desselben
steht von nun an auf der politischen Tages-
ordnung. Jahre lang spielte diese Angelegenheit keine
Rolle in unserem politischen Leben. Jetzt müssen sich alle
Parteien damit befassen. Auch die „Kreuz-Zeitung“
ergreift nun das Wort dazu und muß den Erörterungen
über die Reform des preussischen Landtags-Wahlrechts ihre
Beachtung schenken. Sie sagt:

Die Reform des preussischen Dreiklassen-Wahlrechts bildet
augenblicklich wieder einmal den Gegenstand lebhafter Erörter-
ungen in der Presse. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird
die Beteiligung der Sozialdemokratie an den
Wahlen zum Abgeordnetenhaus zur Folge haben, dass
jene Erörterungen auch in den Wahlkampf hineingetragen werden
und diesem die Signatur geben. Das wird um so wahrschein-
licher, da mehrfach die Auffassung besteht, dass die Beteiligung
der Sozialdemokratie in erster Linie zu einem Proteste
gegen das Dreiklassen-Wahlrecht benutzt
werden soll.

Die „Kreuz-Zeitung“ ergeht sich alsdann in längeren Aus-
einandersetzungen, welche eine Art Verteidigung des Drei-
klassen-Wahlrechts bedeuten sollen. Nun läßt sich so etwas
natürlich nicht verteidigen; auch der schlaue Hammerstein
hätte das nicht fertig gebracht, viel weniger seine Nachfolger.
Ein kleines Beispiel zeigt abergenau, wie das Junker-
blatt die Reinwaschung des preussischen Wahlverfahrens ver-
sucht. Es ist zuzugeben, sagt es, dass die Bildung nicht in
vollem Maße zu ihrem Rechte kommt, dass die Angehörigen
der gelehrten Berufsweige in die dritte Abtheilung wählen
müssen. Aber das schade nichts, denn die Gebildeten können
durch ihre Bildung genug Einfluß auf den tatsächlichen Ver-
lauf der Wahl üben und am wenigsten können sich
die Freunde des allgemeinen gleichen Wahlrechts hierüber
beklagen, da sie ja keine Unterschiede im Recht
wünschen. Also ist alles in schönster Ordnung, „der
Weiß“ kommt „zu seinem Rechte“, und wenn „die Bildung“
nicht dazu kommt, so haben die Anhänger des gleichen Wahl-
rechts keinen Grund, sich zu beklagen.

Mit solch niedrigen Sophistereien sucht das führende
Organ der konservativen Partei sein geliebtes Dreiklassen-
System zu beschönigen. Natürlich wird auch das „Staats-
interesse“ vorgebracht.

Ein Naturrecht auf gleiche Beteiligung
der Bürger an den Wahlen könne nicht anerkannt werden,
die Gestaltung des Wahlrechts richtet sich lediglich nach
dem Staatsinteresse.

Das Staatsinteresse der „Kreuz-Ztg.“ ist, wie genugsam
bekannt, das Interesse der Junker und Burenkrateen. Und
das „Naturrecht“, welches die „Kreuz-Ztg.“ anerkennt, ist das
Naturrecht der Ausplünderung des Staates, der Ausplünderung
der arbeitenden Massen. Und diesem „Naturrecht“ entspricht
allerdings das Dreiklassen-Wahlrecht vortrefflich.

Jeder Versuch der Verteidigung des preussischen Drei-
klassen-Wahlrechts giebt unserer Agitation neue willkommene
Waffen. Und wir werden diese Waffen benutzen
und diese Agitation betreiben. Die „Kreuz-Zeitung“
hat recht: Der Protest gegen das Dreiklassen-Wahlrecht
wird zur That. Die schweren Ungerechtigkeiten, die das
preussische Wahlrecht über das preussische Volk verhängt,
werden dem Volke zum Bewußtsein gelangen und mit dem
ruhigen Gemüth dieser maß- und schamlosen Rechtsprivilegien
der Herrschenden wird es aus sein!

Die französische Bourgeoisie hat über die Verhand-
lungen des Hamburger Parteitages die albernsten
Lügen verbreitet und es so dargestellt, als sei die deutsche
Sozialdemokratie von ihrem Programm abgefallen und habe
sich dem Chauvinismus und Opportunismus ergeben. Diese
erbärmlichen Lügen werden von unserem Freunde Vaillant
in einem glänzenden Artikel der „Petite République“, an der
Hand der Kongressprotokolle, als das, was sind, hingestellt
und nach Verdienst gebrandmarkt.

Deutsches Reich.

Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung dem
Ausdrucksantrage zu der Vorlage, betreffend Verwendung der Brenn-
steuer-Ueberschüsse, der Vorlage, betreffend die Abänderung des
Luxemburgischen Zollverwaltungs-Gesetzes, und dem Nachtragsantrag
Preussens, betreffend die Ausföhrung des Börsegesetzes vom 22. Juni
1896, sowie den Ausdrucksanträgen, betreffend die Feststellung des
Gesamtkontingents an Zucker für das Betriebsjahr 1897/98, be-
treffend nachträgliche Kontingenterhöhung der Zuckerfabriken und
betreffend vollständige Prüfung von Mühlenfabrikaten, die Zu-
stimmung ertheilt. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiesen
die Vorlagen, betreffend den Entwurf eines Nachtrags zum Be-
soldungs- und Pensionsetat der Reichsbeamten mit Ausnahme

der Mitglieder des Reichsbank-Direktoriums für 1897 und betreffend
die Ergebnisse der Volkszählung vom 2. Dezember 1895. Endlich
wurde über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

Im Reichs-Postamt ist heute die vom Staatssekretär
v. Bobbelski einberufene Konferenz von Mitgliedern hervorragender
Handelskammern und anderer kaufmännischer Korporationen zu-
sammengesetzt. Es sind namentlich Berlin, Köln, Breslau, Magde-
burg, Hamburg, Danzig u. a. bei dieser Berathung vertreten. Auf
der Tagesordnung stehen, wie in der ersten am 14. bis 16. d. M.
abgehaltenen Konferenz der Oberpostdirektoren, die Vorschläge, das
Briefporto im Rahmverkehr zu ermäßigen, bei Postanweisungen mit
niedrigeren Beträgen 10 Pf. statt der bisherigen 20 Pf. zu fordern etc.
In Handelskreisen besteht, wie eine parlamentarische Korrespondenz
meldet, große Geneigtheit, diesen Reformen zuzustimmen. Die Kon-
ferenz dürfte sich daher auch in diesem Sinne aussprechen.

Die Bewaffnung der Infanterie. Zu den Ge-
wächten, es werde heimlicherweise ein neues Gewehr bei der
Infanterie eingeföhrt, schreibt jetzt die „Köln. Ztg.“, alle Depots
seien mit dem Gewehr Modell 88 gefüllt; der auf Millionen sich be-
ziehende Vorrath reiche für jeden Ernstfall aus. Nachdem dieser
Vorrath erreicht worden, habe man die Fabrikation in allen Gewehr-
fabriken eingestell. Zu der Thatfache, daß in der Armee, sowie von
der Gewehr-Prüfungskommission in Spandau eingehende Ver-
suche mit einem neuen Gewehr kleineren Kalibers
gemacht worden sind, sei zu bemerken, daß diese ganz neuen Ge-
wehre, etwa 3000 Stück, in einer Privatfabrik hergestellt seien, deren
Begründer und erster Leiter als der Erfinder der Waffe gilt. Inbe-
sondere die Einföhierung dieses Gewehrs, trotz der günstigen Ver-
suchs-
ergebnisse, nicht in sicherer Aussicht.

Nicht in sicherer Aussicht! — das ist ein schwacher Trost.
Wenn auch allem Anschein nach zur Zeit noch kein neues
Gewehrmodell vorhanden ist, daß über Modell 88 an Feuerleistung
so hinausragt, daß seine Einföhierung den Militärs als nothwendig
erscheint, so ist andererseits nicht zu bezweifeln, daß über kurz oder
lang ein überlegenes Modell entstehen wird und zur Einföhierung ge-
bracht werden soll. Mit Versuchen dazu ist man seit Jahren un-
ablässig beschäftigt.

Der Militarismus wird den Völkern noch manche Bescherungen
bringen, den Steuerzahlern immer neue gewaltigere Belastungen
auferlegen.

Sache der Völkern, denen militärische Rüstungen, Kriegsgeschrei
und Krieg zum Unheil gerathen, muß es sein, mit nie rastender
Energie gegen diese Fortentwicklung des Militarismus an-
zukämpfen!

Aus dem Ueberschwemmungsgebiete. Wie die
„Schlef. Ztg.“ hört, sind infolge eines Entschusses des Ministers
des Innern die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und
Landräthe der beteiligten Provinzen seit einiger Zeit damit befaßt,
das Material für eine dem preussischen Landtage vorzuliegende ein-
gehende Denkschrift über die Ueberschwemmungen
in den letzten Julitagen dieses Jahres zusammenzutragen. Die
Denkschrift dürfte mit dazu bestimmt sein, den bereits in Aussicht
gestellten Forderungen der Staatsregierung zum Zwecke der Be-
seitigung der Hochwasserschäden als Grundlage zu dienen. — Zu-
folge Auftrages des Kultusministers richten die Bezirks-
regierungen an die Landräthe das Ersuchen, ihre besondere Auf-
merksamkeit darauf zu richten, daß, falls sich etwa in den Ueber-
schwemmungsgebieten typhöse Krankheitserscheinungen
verbreiten oder in größerem Umfange zeigen sollten, ungefährnt die
erforderlichen gesundheitlichen Anordnungen getroffen
werden. Die alsdann notwendigen Beststellungen sind durch die
Medizinalbeamten ohne Verzug an Ort und Stelle zu treffen, und
es bleibt in jedem einzelnen Falle zu erwägen, ob etwa die Ent-
sendung des Regierungsrathes und Medizinalrathes rathsam erscheint. In
Fällen dieser Art erwartet der Minister zugleich eingehenden Bericht,
um erwägen zu können, ob etwa von ihm aus noch weitere Maß-
nahmen zu treffen sein werden.

Die Immunität der Reichstags-Ab-
geordneten geht der „Nordd. Allg. Ztg.“ zu weit. Das
offiziöse Blatt beklagt, daß auch in der Zeit der Ver-
tagung des Reichstages die Immunität fortbauere. Der
Wunsch der „Nordd. Allg. Ztg.“ wird jedoch kaum viele Freunde
im Reichstage finden. Die politische Prozesshaft hat bei uns solche
Formen und solchen Umfang angenommen, daß der Reichstag keine
Luft haben wird, dem Verlangen auf Aufhebung seiner Mitglieder
wegen politischer Vergehen weiter entgegenzukommen.

Aus der schlesischen Zentrumsparlei. Kürzlich
tagten in Breslau die Vertrauensmänner der Zentrumsparlei.
Schlichte Mittheilungen über die Beschlüsse dieser Versammlung
gelangten nicht in die Oeffentlichkeit. Jetzt aber bringt der „Katholik“
einige Nachrichten, die des Interesses nicht entbehren. Das polnische
Blatt schreibt:

Nach den in den letzten fünf Jahren in Oberschlesien vor-
genommenen Wahlergebnissen sei es für alle vernünftig denkenden
Anhänger der Zentrumsparlei klar geworden, daß, wenn es bezüglich
der künftigen Punkte zwischen den Parteien nicht zu einer Ver-
ständigung komme, man sich auf stürmische Wahlen gefaßt machen
und angeht die Streitigkeiten in eigenen Lager die all-
gemeine Sache einen Schaden erleiden könne. Deshalb
auch hätten sich einige Zentrums-Abgeordnete an den
„Katholik“ gewandt mit der Bitte, in Gemeinschaft mit ihnen zur
Schlichtung der Streitigkeiten beizutragen. Die Redaktion des ge-
nannten Blattes habe darauf, nachdem sie sich mit den Redaktionen
der „Nowiny Raciborskie“ und der „Gaz. Opolska“ verständigt, die
Erklärung abgegeben, daß, wenn beide Parteien sich auf den Stand-
punkt der Gerechtigkeit stellen würden, ein Ausgleich zwischen „yr-
selben als sicher bevorstehend bezeichnet werden könne. Als Haupt-
sache müsse jedoch hierbei angesehen werden, daß die polnischen
Abgeordneten Oberschlesiens in der Zentrumsfraktion in öffentlichen
Angelegenheiten mit ihren deutschen Kollegen gleichberechtigt seien;
was dagegen die Wahlangelegenheiten betreffe, so solle vor allem
dem Volke, insbesondere dem polnischen Volke Gelegenheit geboten
werden, sich über seine Wünsche zu äußern, wie ihm das von
Rechts wegen gebühre. Nachdem die hier angeführten Punkte in
der Vertrauensmänner-Versammlung Berücksichtigung gefunden, sei
es denn auch möglich geworden, eine völlige Verständigung herbei-
zuführen.

— Einen Beitrag zum Kapitel Sparsamkeit bei den preussischen Staatsbahnen sendet man uns aus dem Eisenbahn-Direktionsbezirk Kassel: Die Sparsamkeit bei der Eisenbahn hat in den letzten Jahren einen erschreckenden Umfang angenommen, worunter hauptsächlich die Unterbeamten und Arbeiter zu leiden haben. Hier im Direktionsbezirk Kassel sind in den letzten drei Jahren über fünfzehn Stationen zweiter und dritter Klasse zu Haltestellen gemacht worden, zum Beispiel Liebenau, Westheim, Wemmen, Eifen, Beverungen, Fährleberg, Wefer, Naufen etc. Schreiber dieser Zeilen war selbst längere Zeit auf der Haltestelle Beverungen und mußte wie dort von früh bis in die Nacht arbeiten, um das vorgeschriebene Arbeitspensum zu bewältigen. Als früher diese Haltestelle Station war, befanden sich dortselbst 1 Stationsaufseher, 1 Assistent, 1 Stationsgehilfe, 1 Weichensteller, 2 Schuppenarbeiter; jetzt sind dort 1 Haltestellenaufseher, 1 Weichensteller, 1 Schuppenarbeiter. Die früheren Herren bezogen 2100 M. Gehalt, die jetzigen Weichensteller I. Klasse je 1000 M. bis 1500 M., müssen aber mehr leisten, wie die Herren Vorläufer und Assistenten, weil das Personal verringert ist, die Arbeit sich aber vermehrt hat. Früher wurden in Beverungen 7500 M. Gehalt ausbezahlt, jetzt nur 8500 M., also 4000 M. weniger bei derselben Arbeitsleistung. Nun ist es mit den anderen zu Haltestellen gemachten Stationen genau so, so daß man nicht fest geht, wenn man die hierdurch erzielten Ersparnisse allein für den Direktionsbezirk Kassel jährlich auf 50 000 Mark berechnet. So und noch schlimmer mag es in sämtlichen zwanzig preussischen Direktionsbezirken ergehen. Die Haltestellen sind Goldgruben des Staates. Wenn man die vorgesehene Dilektion um Hilfe angeht, so wird man kurz abgewiesen, oder es kommt ein Direktionsmitglied, welches eine oberflächliche Revision vornimmt und findet, daß noch zu viel Leute da sind und mit Strafe droht, wenn man sich je wieder vernehmen sollte, um Hilfe zu schreiben. Das unter solchen Umständen die Sicherheit des Betriebes leiden muß, ist klar. Der äußere Betriebsdienst wird ungenügend versehen, man läuft im letzten Augenblick heraus, wenn der Zug in den Bahnhof einfährt, den Kopf voll von zu erhebenden Berichten und Verfügungen. —

— Stillischweigend ausgeschieden. Die Konserv. Corr. schreibt: In der sozialdemokratischen Presse Sachsens wundert man sich darüber, daß die antisemitische Partei für die nächsten Reichstagswahlen von der Aufstellung des Herrn Lieber-Reichen als Kandidaten Abstand genommen hat. Nach dem neuesten Fraktionsverzeichnis gehört Herr Lieber ebensowenig wie Herr Dr. Förster noch der Fraktion der nur noch zwölf Mitglieder zählenden „Reformpartei“ an. Herr Lieber ist demnach in aller Stille aus der Partei ausgetreten oder — ausgetreten worden.

Es ist fraglich, was mehr Ehre ist, mit Herrn Zimmermann zusammen einer Fraktion anzugehören, oder von ihm und seinesgleichen aus der Partei ausgetreten zu werden. —

München, 22. Oktober. In der gestrigen Rede des Ministers Freiherrn von Crailsheim in der Abgeordnetenversammlung ist der Passiv über die Stellung der bayerischen Regierung zur Vorbereitung der neuen Handelsverträge richtig wie folgt zu lesen: „Auch die bayerische Regierung wird nicht erzwungen, ihre Stimme zu erheben, insofern es sich um die Wahrung bayerischer Interessen handelt. Wir haben dies schon bei der Vorbereitung der jetzt bestehenden Handelsverträge gethan, indem wir insbesondere für höhere Getreide-Zölle eingetreten sind.“ —

München, 22. Oktober. Die Kammer der Abgeordneten setzte die Beratung der Anträge Nahrung und Viehler, welche von den Antragstellern in einem gemeinsamen Antrag zusammengefasst waren, fort. Nach längerer Debatte, in welcher lediglich die gestrigen Gesichtspunkte wiederholt wurden, wurde der Antrag auf Ausschussberatung abgelehnt, der Antrag selbst aber angenommen.

— Ludwig II. von Bayern soll bekanntlich aus freien Stücken an der Errichtung des deutschen Kaiserthums mitgewirkt haben. Daß diese Auffassung eine bismarckische Legende ist, war längst bekannt, und jetzt werden einige Briefe eines Vertriebenen Ludwigs II. aus den 70er Jahren veröffentlicht, die recht tödlich das Verhältnis zu Preußen illustriren und zugleich zeigen, wie die patriotische und monarchische Verherrlichung in der Presse zu Stande gebracht wurde. Wir entnehmen diesen Briefen folgende Mittheilung: „In letzter Zeit haben Majestätsdiener die Münchener Zeitungen, n. a. auch die „Neuesten Nachrichten“, „Süddeutsche Presse“ etc. gelesen und gefunden, daß diese Blätter sich meistens mit dem deutschen Kaiser und Kronprinzen beschäftigen, in überschwänglicher lobhulender Weise über diese schreiben, während von Majestät nur vorübergehend oder auch gar nicht Erwähnung geschieht.“

Majestät nehmen nun fest an, daß die Zeitungsredakteure im preussischen Solde stehen, und daß eigens von der preussischen Regierung bezahlte Korrespondenten angestellt sind, die die Aufgabe haben, die Münchener Blätter mit solchen schädlichen Artikeln zu füllen. Majestät lassen nun an Herrn Hofrath die Frage stellen, ob es nicht möglich sei, mit Geldmitteln aus der königl. Kabinettskaffe ebenfalls einige taugliche Männer anzustellen, denen die Aufgabe würde, die Allerhöchste Person gebührend in der Presse zu vertreten, und zu machen, daß der Name des Königs öfter und gut klingend von der Bevölkerung gelesen werde. Die Männer hätten ferner dafür zu sorgen, daß allenfalls von Majestät oder vom Kabinet ausgehende Artikel in bestimmte Blätter aufgenommen würden, und die schlechten preussischen Tendenzen zu schwächen. Hierüber möchten Herr Hofrath sich ausdrücken und recht bald antworten.“

Berg, 24. Juli 1871. „Auch Herr Dr. Trost möchten Herr Hofrath mittheilen, daß Se. Majestät kein Vertrauen auf Herrn Staatsanwalt haben, und ihn anregen, daß Herr Dr. Trost unter das Publikum bringe, jedoch nicht durch die Zeitungen, sondern mündlich, daß Seine Majestät unangenehm berührt, überhaupt sich nicht schide, daß bei Festlichkeiten immer das erste Hoch auf Se. Majestät den König von Preußen und ein zweites erst auf den eigenen Landesherren ausgedrückt werde. Herr Dr. Trost soll Sorge tragen, daß dieses endlich einmal abgeschafft werde, Herrn v. Biegler aber in keiner Weise darüber sprechen.“

Aus Baden, 21. Oktober. (Sig. Ber.) Kommenden Mittwoch, den 27. Oktober, finden die Ergänzungswahlen zur zweiten Kammer der badischen Landstände statt. Dieselben sind indirekte, insofern in jedem Bezirk zuerst ein Kollegium von Wahlmännern zu wählen ist, das seinerseits dann den Abgeordneten ernannt. Durch das Beispiel unserer Genossen sind die bürgerlichen Parteien gezwungen worden, bereits vor den Wahlmännern ihre für das Abgeordnetenmandat in Aussicht genommenen Kandidaten zu nominiren, sodas der Wähler genau weiß, für welche Kandidaten er seine indirekte Wahlstimme abgibt. Das Prinzip der Mittelbarkeit unserer Landtags-Wahlensystem ist dadurch thatsächlich durchbrochen worden. In diesem Jahre kommen nun zum ersten Mal die auf eine erhöhte Sicherheit des Wahlgeheimnisses gerichteten neuen Bestimmungen des revidirten Wahlgesezes zur Anwendung. Während bisher jeder Wähler seinen Stimmzettel, wie bei der Reichstagswahl, nach Belieben zusammengefaßt an der Urne abgab, muß jetzt jeder Wahlzettel, der gültig sein soll, in einem am Licht gestempelten Kouverte abgeben werden, welches dem Wähler von der Wahlkommission zur Verfügung gestellt wird. Der Wähler tritt an den Tisch, an dem sich die Wahlkommission befindet, nennt seinen Namen und erhält dann, sofern er in die Wählerliste eingetragen ist, ein Wahlkouverte. Mit diesem tritt er in den Isolirraum, der im Wahllokal oder in unmittelbarer Verbindung mit demselben hergerichtet sein muß, nur vom Wahllokal aus betretbar und seinerlei Beobachtung von außen zugänglich sein darf. In diesem Isolirraum, in dem die verschiedenen Parteien eine Anzahl ihrer gedruckten Wahlvorschlüge niedergelegt haben, steht der Wähler, völlig unbelästigt von irgend

einem Aufpasser, seinen Wahlzettel, den er natürlich auch schon in der Tasche mitbringen kann, in das Kouverte, tritt dann wieder hinaus an die Wahlurne und übergibt das Kouverte verschlossen dem Vorsitzenden der Kommission, der es in die Wahlurne legt. Ist nach Ablauf der Wahlzeit die Uebereinstimmung der Zahl der Wähler, welche abgestimmt haben, mit derjenigen der in der Urne enthaltenen Kouverts festgestellt, so werden letztere einzeln geöffnet und die Zählung der Stimmen vorgenommen. Die einzelnen Parteien haben bereits damit begonnen, ihre Wähler mit den oben dargestellten Vorschriften eingehend bekannt zu machen, so daß zu hoffen ist, daß die Schattenseiten des zweifellos etwas komplizirten Verfahrens sich auf ein Minimum beschränken und die Wahlhandlung bereits beim ersten praktischen Versuch sich glatt abwickeln wird. — Für die sozialdemokratische Partei kommen bei den bevorstehenden Wahlen hauptsächlich eine Reihe städtischer Wahlkreise in Betracht: das dritte Mandat von Mannheim (die beiden übrigen befinden sich bereits seit 6 Jahren in unseren Händen), zwei Sitze in Karlsruhe, je einer in Pforzheim-Stadt und Offenburg-Stadt; ferner bieten günstige Aussichten die Landkreise Heidelberg und Pforzheim. Mit Ausnahme von Offenburg, wo unsere Partei gegen die Koalition der Ultramontanen, Freikämpfer und Demokraten kämpft, stehen wir überall gegen die Nationalliberalen, die bisher noch eine Zwei-Augen-Majorität im Landtag hatten, und deren verderblichen Einfluß auf die Gestaltung der innerpolitischen Verhältnisse des Landes es diesmal zu brechen gilt. Der Führer der badischen Demokratie, Rechtsanwalt Muser, den seine Heimatstadt Offenburg seit einer Reihe von Jahren ins Parlament schickt, hat aus geschäftlichen und Gesundheitsrücksichten eine abermalige Kandidatur abgelehnt. Unsererseits kandidiren die Genossen Kramer (Mannheim), Adols Goe (Karlsruhe, Pforzheim, Offenburg), Schair (Karlsruhe), Drörner (Heidelberg-Land), Lauber (Pforzheim-Land). In Lörrach-Stadt, wo Stegmüller unglücklichen Angebens auf eine Wiederkandidatur versichert, bewirbt sich unser Genosse Haug-Freiburg, der Vorsitzende der Landesorganisation, um das Mandat. Eine ansehnliche Verstärkung unserer bisher nur aus den Genossen Dreßbach und Geiß (Mannheim) bestehenden Landtagsfraktion scheint außer allem Zweifel zu stehen. —

— Chronik der Majestätsbeleidigung-Prozesse. Folgende merkwürdige Meldung kommt aus Torgau:

Daß ein Knabe wegen Kaiserbeleidigung auf vier Monate ins Gefängnis wandern muß, ist hier zur Thatsache geworden. Der Kirchmacherslehrling Karl Franke wurde zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt, weil er in der Werkstatt seines Meisters seinem Mit- lehrling gegenüber sich abfällig über den Kaiser geäußert hatte.

Wegen desselben Delictes sollte sich der Konditorgehilfe Hermann Hinte aus Dessau verantworten. Der Angeklagte ist zur Zeit in Viedewerda in Strafhaft und soll sich zu seinen Mitgefängenen über den deutschen Kaiser ausgesprochen haben. Befußt Ladung weiterer Zeugen wurde die Verhandlung vertagt. —

In Breslau wurde am 21. Oktober der Kaufmann Gustav Uffner von der Klage der Majestätsbeleidigung freigesprochen und sofort aus der Untersuchungshaft entlassen. In der Urtheilsbegründung wurde gesagt: Der Angeklagte hat zwar den fraglichen Ausdruck gebraucht, der ganz respektlos sei; immerhin aber habe die Beweisaufnahme nicht ergeben, daß der Beschuldigte den infrimirteten Worten eine höhnißche oder spöttische Beziehung gegeben habe. Deshalb sei darin eine Verletzung der Ehrfurcht gegen den Kaiser nicht gefunden worden und aus diesem Grunde habe auf Freisprechung erkannt werden müssen. —

Oesterreich.

Wien, 22. Oktober. Das Subkomitee des Budget- und Ausschusses nahm in seiner gestrigen Abend Sitzung die Rechnungsberichte, betreffend die Nothstandskredite mit der Erhöhung von 8 auf ca. 9 Millionen Gulden an, nachdem der Finanzminister sich zur Erhöhung der Kredite um 955 000 Gulden bereit erklärt hatte.

Ungarn.

Budapest, 22. Oktober. Das Abgeordnetenhaus hat in der Generaldebatte die Vorlage betreffend die provisorische einjährige Verlängerung des finanziellen Uebereinkommens mit Kroatien angenommen.

Zwischen Kroatien und Slavonien einerseits und Ungarn andererseits besteht ein ähnliches, auf Zeit abgeschlossenes staatsrechtliches Verhältnis wie zwischen Oesterreich und Ungarn. Und jetzt wird dieses Verhältnis ebenso wie zwischen den zwei Reichshälften bloß provisorisch verlängert. Kroatien und Slavonien haben ein eigenes in Agram tagendes Parlament (Landtag), das in der inneren Verwaltung, in Kultus und Unterricht und in der Rechtspflege durchaus selbständig ist. Gemeinsam zwischen Ungarn und Kroatien werden die Handels- und Landwehr- (Honved) und die Finanzangelegenheiten behandelt. —

Budapest, 21. Oktober. Abgeordnetenhause. Der Ackerbauminister Daranyi erklärte auf eine Interpellation des Abgeordneten Sinas, die Regierung habe bereits die Einkümmelung der Steuern in den nothleidenden Gegenden angeordnet; auch gebe sie den Nothleidenden Arbeit. Die Antwort wurde vom Ganzen zur Kenntniß genommen. —

Schweiz.

Zürich, 19. Oktober. (Sig. Ber.) Die Züricher Staatspolizei hatte in letzter Zeit in Winterthur und Umgebung rührige Nachforschungen über die Verhältnisse der italienischen Arbeitervereine gepflogen, wobei die Vorhandenmitglieder derselben in aufserordentlich Weise in ihren Wohnungen, auf ihren Arbeitsplätzen und selbst in den Wirtschaften, wo sie verkehren, belästigt wurden. Diese Nachforschungen wurden auf Veranlassung des italienischen Generalkonsulats in Zürich und mit Bewilligung der kantonalen Justiz- und Polizeidirektion vorgenommen, angeblich zu dem Zwecke, eine Statistik für das Komitee der italienischen Landesausstellung 1888 zu Zurich über die verschiedenen italienischen Vereine in der Schweiz anzufertigen. Die Arbeiter erblickten darin nur einen Vorwand für eine Aktion der politischen Polizei, weshalb Genosse Dr. Huber von Winterthur in der gestrigen Kantonsraths-Sitzung die Regierung um Aufhebung dieser Vorgänge ersuchte. Er begründete das Vorgehen der Polizei als eine schwere Ueberschreitung ihrer Befugnisse, gegen welche um der Konsequenzen willen mit aller Energie angekämpft werden müsse. Regierungsrath Kägi bekräftigte, daß die Nachforschungen auf Ersuchen des italienischen Generalkonsulats stattfanden und daß es sich dabei um einen internationalen Dienst handle, welcher auch andern Ländern schon erwiesen wurde, so England und Oesterreich-Ungarn. Der beantragte Polizeistillstand in Winterthur sei allerdings in zudringlicher Weise vorgegangen und habe deshalb auch einen Verweis erhalten. Bei dem Umlauf, daß im Kanton Zürich 68 000 Fremde sich aufhalten, worunter allein 15 000 Italiener, habe er dem Gesuche um so lieber entsprochen, als mit der gepflogenen Nachforschung auch eine Kontrolle über die Anwesenheit von Ausländern ausgeübt werden könne — ein Gedankens, wonach also doch der Züricher Justiz- und Polizeiminister einen polizeilichen Nebenweck mit der an sich offenbar harmlosen Nachforschung verknüpfte. Genosse Fährbrieh verurtheilte diese polizeilichen Enquêtes, die speziell im vorliegenden Falle eine Seite hat, die uns nicht gefällt. Er protestirte dagegen, daß dieses System in der Schweiz weiter gepflegt werde, die Polizei soll nicht für decessaries verwendet werden. Die Italiener wissen nun, wie man in der Schweiz darüber denkt.

Frankreich.

Paris, 22. Oktober. In der Kammer gelangte heute der Gesetzentwurf betreffend die Bildung eines neuen Armeekorpsbezirks in Frankreich zur Vertheilung. In der Begründung wird ausgeführt, der Effektivbestand der im 6. Korpsbezirk vereinigten Truppen lege dem Kommando eine schwere Aufgabe auf, die zu erleichtern von Bedeutung sei, um das Funktioniren der verschiedenen Dienstzweige unter besseren Bedingungen zu sichern. Es sei vorthellhaft, daß

6. Korps sogleich in zwei Theile zu zerlegen und die Vertheilung könne schon heute ohne nennenswerthe Kosten durchgeführt werden. —

Paris, 20. Oktober. (Sig. Bericht.) Der Bericht der außerparlamentarischen Untersuchungskommission über die Konzeptionsverträge in Annam und Tonkin ist soeben veröffentlicht worden. Die regierungsfreundliche Kommission hat konstataren müssen, daß von den elf in Betracht kommenden Verträgen sechs wegen schwerer „Unregelmäßigkeiten“ wieder aufzuheben sind. Die „Unregelmäßigkeiten“ sind ebenso viele Mogeleien, begangen zum Nachtheil des Staates unter dem wohlwollenden Auge verschiedener opportunistischer Unterstaatssekretäre und Minister der Kolonien und unter der direkten Theilnahme des ehemaligen Generalgouverneurs von Indo-China, de Lanessan. Am schwersten ist kompromittirt der Allweltschwindler, der algerische Abgeordnete Etienne in seiner Eigenschaft als ehemaliger Unterstaatssekretär des Kolonialamtes. Unter Etienne kamen die zwei schamlosesten Schwindelverträge zu Stande: 1889 die Eisenbahnkonzeption von Thu-Lang-Phuong bis Lausan, die dem Staate höchstens 4 Millionen Franks kosten sollte, bisher aber bereits zitta 22 Millionen verschlungen hat, und 1890 die Verlängerung des tonkinesischen Opium-Monopols, die der französischen Protektorats-Regierung unter anderem die kostspielige Last der Unterdrückung des Opium-Schmuggels aufgebürdet hat. Und wie kam der Opium-Vertrag zu Stande? Durch die „mißbräuchliche Einmischung“ eines Herrn Edwards, zur Zeit Direktor des bekannten Regierungsblattes „Matin“, der seinen Einfluß bei den Ministern gegen 200 000 Franks an die Opium-Gesellschaft verchachert hatte. So schwarz auf weiß im Kommissionsbericht zu lesen. . . .

Rebenbei wird im Bericht der Republik, Felix Faure, bloßgestellt. Als ehemaliger Unterstaatssekretär des Kolonialamtes hatte Faure demselben einflußreichen Edwards die Erneuerung des Vertrags mit der Indo-Chinesischen Bank zusammenmogeln helfen.

Daß der bestochene Makler Edwards vor dem Strafrichter durch die „Verjährung“ geschützt ist, versteht sich von selbst. Er bleibt sogar noch vor Ritter der „Ehrey“ Legion. Die „Große Kanzlei“ des Ordens hat ihm auf Beschwerde des Justizministers bloß einen Tadel (die „Fenur“) ertheilt. Die verschiedenen Unterstaatssekretäre und Minister, die Hauptschuldigen, brauchen aber nicht erst die Verjährung, um frohlos auszugehen. Und Herrn Felix Faure wird der neue Standal ebenso wenig schaden, wie die vor acht Monaten erfolgten Enthüllungen über seine persönliche Betheiligung an den skandalösen Vorgängen der Kohlenlieferanten für die Madagaskar-Expedition.

In Sachen des Goldminen-Schwindels von Watana in Siam hat die Regierung nun doch — in Folge der Proteste der unabhängigen Presse — eine gerichtliche Untersuchung angeordnet. Eine Untersuchungsprobe mehr!

Der als Sozialist gewählte Abgeordnete von Reims, Mirman, wird in den nächsten Wahlen sich nicht mehr um das Mandat bewerben. Er motivirt in einem Zeitungsartikel diesen Entschluß damit, daß er die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht anerkennt. Mirman hatte im Juni 1868 wegen dieser in Mirman's Einigungsprogramm enthaltenen Forderung Auseinandersetzungen innerhalb der sozialistischen Kammerfraktion veranlaßt, die mit der Annahme des Programms endeten. Nun bricht er offen mit dem proletarischen Sozialismus und will den „sozialistischen Radikalen“ von Reims „aus besten Kräften“ zu einem Wahlsieg verhelfen. Hoffentlich erfolglos, denn wären die Radikalen in Reims die Stärkeren, hätte er nicht auf die Kandidatur zu verzichten gebraucht. —

— Die Einmischung des Papstes in die inneren Verhältnisse der französischen Republik ist ein Faktor, mit dem jede Regierung in Frankreich genau rechnen muß. Deshalb muß auch die neueste Aeußerung des päpstlichen Hofblattes registriert werden.

Der „Observateur Romano“ veröffentlicht eine Auslassung über die Haltung des Heiligen Stuhles gegenüber Frankreich bei Gelegenheit der künftigen Parlamentswahlen. Es heißt darin, daß es nicht darauf ankomme, daß sich alle französischen Katholiken auf verfassungsmäßigen Boden stellen, indem sie, ebenso wie dies der Heilige Stuhl thue, die Interessen der Religion und des Gemeinwohles über die sekundären Privatinteressen der verschiedenen Parteien stellen und seinen ungebörigen Einfluß auf die politischen Angelegenheiten ausüben.

Man sieht, daß die katholische Kirche in Folge ihrer ungeheuren Anpassungsfähigkeit sich mit der Republik vollkommen ausfinden konnte, worüber die verschiedenen Präsidenten um den französischen Thron, die sich auf das eng Bündnis von Thron und Altar in monarchischen Staaten berufen, sehr wenig erbaut sind. Für die ethischen Anhänger der republikanischen Staatsform in Frankreich fragt es sich freilich, ob die Ausöhnung des Papstes mit der Republik nicht zu igner erlaubt wird. —

Dänemark.

Kopenhagen, 19. Oktober. (Sig. Ber.) Fortsetzung der Budgetdebatte im Folkething. Es kamen, gemäß dem dänischen Brauch, die weiteren Minister zum Wort. Der Marineminister hielt sich sehr sachlich an die seinem Ressort gemachten Vorwürfe, ohne jedoch etwas Nennenswerthes gegen dieselben vorzubringen. Der Kultusminister suchte nachzuweisen, daß für die geforderten Kirchen in Kopenhagen ein Bedürfnis vorläge. Am wichtigsten waren die Erklärungen des Kriegesministers, der versicherte, daß er durchaus mit der Bewegung für eine Neutralisirung Dänemarks sympathisire. Aber dennoch, meinte er, müsse man weiterkräften, um sich im Nothfall verteidigen zu können. Und dann entwickelte er mit einer erschauenden Offenheit den Plan, daß ganz Seeland besetzt werden müsse und daß die geforderte Küstenbatterie nur ein Anfang sei. Mit großem Entzuse rief der Kriegesminister des kleinen Dänemark: „Wir müssen so stark werden, daß der Feind sich selbst fragt: Lohnt es sich, sie anzugreifen? Wir müssen unsere Befestigungen so erweitern, daß wir Respekt einflößen und dadurch den Frieden sichern! Im übrigen erging er sich in einem Lobliede auf die Leistungsfähigkeit der dänischen Armee. Er stellte ferner eine Erhöhung des Mannschafstkontingentes von 480 Mann auf 600 Mann für jedes Regiment in Aussicht und schloß: Die Annahme dieses Gesezes wäre ein schöner Abschluß des 19. Jahrhunderts! Sie würde im Meer einen endlosen Jubel hervorrufen! Ein Ausspruch, dessen Naivität denn auch die Heiterkeit des ganzen Parlaments hervorrief, worüber sich der Herr Minister sehr zu wundern schien, denn ihm war es natürlich heilige Begeisterung.

In der weiteren Verathung nagelte Blühme, namens der Linken, die ungeheuerlichen Pläne des Kriegesministeriums fest. Er fragte, was das heißen solle, daß der Minister seine Sympathie für die Neutralität ausdrückt, aber gleichzeitig wie ein Kriegsmilitär rüsten will. Nur wenn wir unsere Friedensliebe beweisen, können wir auf Garantierung der Neutralität rechnen.

Spanien.

Madrid, 22. Oktober. Der „Imparcial“ spricht die Hoffnung aus, daß die Antwort Sagalla's an den amerikanischen Gesandten Woodford eine energische sein werde. Das Blatt fordert den Ministerpräsidenten auf, das Verhalten Spaniens sowie der Vereinigten Staaten in einer Denkschrift an die Mächte darzulegen, die eine große moralische Wirkung haben würde. —

— Kubanisch. Die „Berl. Pol. Nachr.“ schreiben: Wenn man den amerikanischen Schilderungen Inbanischer Zustände Glauben schenken darf, so wäre ein Ende des Aufstandes noch gar nicht abzusehen, und zwar aus dem einfachen Grunde nicht, weil die spanischen Militärs ein handgreifliches Interesse an der Erhaltung einer Situation nehmen, die ihnen reichen materiellen Vortheil schafft. Die Offiziere beziehen, solange der Feldzug währt, doppelte Löhne und ebenso vollzieht sich das Reuouement in ungleich rascherem Tempo als zu Friedenszeiten. Das wäre soweit nun in der Ordnung; schlimmer würde es sein, wenn die Behauptung eines amerikanischen Pamphletisten der Wahrheit entsprechen sollte, daß

es unter den spanischen Offizieren Elemente giebt, die zwar jederzeit bereit sind, für das Vaterland zu kämpfen und, wenn es sein muß, zu bluten, aber nicht minder bereit, sich auf Kosten des Vaterlandes zu bereichern. Ein Lieutenant z. B. macht mit einer Streifpatrouille von, sagen wir 20 Mann seinen allmorgentlichen Streifzug in die Umgegend seines Standquartiers, und nachdem ein paar Hütten niedergebrannt, ein oder zwei „Pacifcos“ — friedliche Landleute — erschossen sind, wird um die Mittagszeit heimwärts marschirt, und der Lieutenant stellt seinem Kompagniechef die Kosten für Verpflegung von 50 Mann und für 8000 „im Dienst verbrauchte Patronen“ in Rechnung. Der Hauptmann seht seine Unteroffiziere unter das Altentuch und beide theilen sich in den Raub. Oder man läßt auch das Geld wohl dem Oberst zukommen, der die Herren dafür zur Beileidung mit dem Kreuz für „Tapferkeit vor dem Feinde“ in Vorschlag bringt. Aus Matanzas wird berichtet, daß das einzige dort beliebende Juweliergeschäft seit Beginn des Aufstandes an die spanischen Offiziere mehr Edelsteine und goldene Uhren verkauft habe, als durch lange Jahre vorher an die doch sehr wohlhabende Kaufmannschaft in Stadt und Land. Die normale Gage selbst der im Range höchststehenden Offiziere reichte kaum hin für den Rothwein zum täglichen Mittagmahle, jedenfalls nicht zu Champagner und Brillanten; die Annahme sei daher wohl nicht zu geneigt, daß das spanische Offiziercorps mit dem Aufstande glänzende Geschäfte mache und kein Interesse daran habe, die Henne zu schlachten, die ihm die goldenen Eier lege.

Aber auch an der Aufrichtigkeit der amerikanischen Sympathien mit Kuba greifen starke Zweifel Platz, wenn man erfährt, daß Spanien, fast alles Material, dessen es zur Fortführung des kubanischen Feldzuges bedarf, aus den Vereinigten Staaten bezieht, so daß die dortigen Armeelieferanten ebenfalls vorzügliche Geschäfte machen, und ein sehr wirksames Gegengewicht gegen die Freisirebungen des amerikanischen Jingoismus in die Waagschale werfen. Der Krieg auf Kuba giebt so zahlreichen Geschäftsleuten jenseits des Atlantik Arbeit und Verdienst, daß, wenn es nach ihrem Wunsche ginge, die Unionregierung, statt auf Kuba zu interveniren, lieber den Spaniern noch Geld zugeben sollte, damit der Feldzug aus Mangel an Mitteln nicht schließlich von selber einschläft.

Herr Weyler gehört zu den seinem Vaterlande so gefährlichen politischen Generalen. Deshalb fürchtet man ihn und beobachtet argwöhnisch alles, was er vor seiner Waise von Havana thut und veranlaßt. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus New-York gemeldet: Das Organ des spanischen Generals Weyler, „La Lucha“, verlangt die Kriegserklärung gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Kaufleute von Havana arrangiren eine große Abschiedsdemonstration für Weyler.

Amerika ist trotz der Drohungen Weyler's ruhig.

Rußland.

St. Petersburg, 19. Oktober. („Hamb. Corr.“) Das Geseh wegen der Arbeitsdauer in den russischen Fabriken ist jetzt erschienen. Danach sollen alle Arbeitsstunden, welche über die normalen hinausgehen, als Ueberstunden gelten. Sie sind nur in dem Falle zulässig, wenn die Fabrikverwaltung mit den Arbeitern sich hierüber verständigt hat. Jede Arbeitsabmachung darf nur diejenigen Ueberstunden verlangen, die für den technischen Betrieb der Fabrik unumgänglich notwendig sind. Im ganzen darf die Zahl der Ueberstunden für die Fabrikarbeit die Zahl von 120 im Jahre nicht überschreiten. Diese Zahl schließt aber diejenigen Ueberstunden aus, die der Arbeitskontrakt als Bedingung enthält und diejenigen, welche zur Remontirung plötzlich defekt gewordener Kessel, Motoren und dergleichen mehr verwendet werden, und drittens diejenigen, die in einem außerordentlichen Falle, wie: Feuerschaden, Einsturz und dergleichen mehr zur Nothwendigkeit machen kann. Alle Ueberstunden der Arbeitszeit, ob sie von einzelnen oder Gruppen der Fabrikarbeiter ausgeführt werden, müssen zur Kenntniß der Fabrikinspektoren gelangen, denen die Beurtheilung obliegt, inwiefern die Ueberstunden notwendig bedingt sind oder nicht.

Die Hauptverwaltung der Posten und Telegraphen beschloß, im nächsten Jahre telephonische Verbindungen in allen denjenigen Städten Rußlands einzurichten, welche sich bereit erklären, einen bestimmten Theil der Einrichtungskosten zu tragen.

Warschau, 17. Oktober. (Sig. Ver.) Der Streit in der „Guta Baukowa“ ist beendet. Man hat die aus Schlesien herübergekommenen Arbeiter mit der Ausweisung bedroht und diese Drohung hat gewirkt. Am 2. Oktober nahmen diese Arbeiter die Arbeit wieder auf. In demselben Tage hat man über 30 Mann verhaftet. Am 4. Oktober kehrte bereits ein beträchtlicher Theil der Arbeiter zur Arbeit zurück und am 5. Oktober war der Aufstand vollständig beendet. Aber es ist nur ein Waffenstillstand. Man hat zwar versprochen, die Statuten der Knappschaftskassen — den Wünschen der Arbeiter gemäß — abzuändern. Dabei aber will die Hüttenverwaltung die alte Kasse und die Jahrelang von den Arbeitern mühsam aufgetriebenen Gelder einfach „konfisziren“. Und zwar will man alle Rechte der Arbeiter schon deswegen als verloren betrachten, weil man sie nach dem Aufstande zur Arbeit „neu angenommen“ hat. Durch solchen Schwundel werden sich die Arbeiter um ihr Geld nie bringen lassen.

Wie heiß noch der Kampf bei der Liquidation der alten Kassen sein mag, haben doch die Streikenden im Hauptpunkte gesagt. Aber wo man noch nicht streikte, da blühen die alten Kassen weiter. Jedoch pflanzt sich die Agitation fort, und am 7. Oktober wurde in den von der diesjährigen Streikbewegung noch nicht betroffenen Orten eine Flugchrift des „Dombrower Arbeiterkomitees“ der sozialistischen Partei Polens“ verbreitet, in welcher die ganze Niedertracht dieser Kassenrichtung dargestellt wird und die Arbeiter zum Kampfe aufgefordert werden.

Wie diese Flugchrift treffend sagt, sind diese Kassen nichts weiter, als Diszokassen für die Kapitalisten, bezahlt von den Arbeitern. Es genügt zu erwähnen, daß die bei der Arbeit Verunglückten nur dann ein Recht auf das Krankengeld aus der Kasse haben, wenn der Unglücksfall nicht aus eigener Schuld oder aus großer Unvorsichtigkeit des Arbeiters erfolgt ist. Man aber bei dieser Bedingung sind die Gruben- und Hüttenbesitzer selbst — laut dem Buchstaben der russischen Gesehe — verpflichtet, die Kranken aus eigener Tasche, nicht aus den Arbeitergroschen, während einiger Zeit zu unterstützen. Solchen Schwundel giebt es da mehr, und jetzt, nachdem die Arbeiter des Dombrower Reviers ermächtigt sind, wird man solche unverschämte Betrügereien und Diebstähle nicht weiter treiben können.

Ueber die letzten Massenverhaftungen in West-Rußland wird uns geschrieben:

Allen Untersuchungsmaßregeln der russischen Regierung zum Trotz beginnt die Arbeiterbewegung wenigstens in einzelnen Gegenden von Rußland immer festeren Boden zu gewinnen. Seitdem in diesen Gegenden die Bewegung auf realem Boden fußt und von dem wirtschaftlichen Interesse der Arbeiterschaft, aus dessen Vertheidigung es wurzelt, ausgeht, können Verhaftungen einzelner Personen, in welchem Maßstabe sie auch vorgenommen werden mögen, der Bewegung keinen Abbruch mehr thun. Die russische Regierung scheint dies allerdings noch nicht eingesehen zu haben, denn ihre Verfolgungswuth steigert sich in demselben Maße, wie die Bewegung unter den Arbeitern an Vertiefung und Ausbreitung gewinnt. Zu den strengsten Gendarmen-Offizieren, welche da wohnen, in der kürzesten Zeit der Arbeiterbewegung an dem Orte ihrer Thätigkeit den Garaus machen zu können, gehört der Mittmeister Wassiljew in Wilna. Als dieser vor einem Jahre sein Amt in dieser Stadt antrat, gab er das Gelübniß ab, die Arbeiterbewegung in Wilna in einem Jahre mit Stiel und Stumpf auszurotten. Er mußte es aber erleben, daß, obwohl es wieder ihm noch seinen Kollegen in anderen westrussischen Städten an Verfolgungseifer fehle, die Bewegung um Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, welche früher nur einen beschränkten Arbeiterkreis umfaßte, gerade in diesem Jahre in einem bedeutenden Theile Westrusslands, darunter auch in Wilna zu einer Bewegung der gesamten arbeitenden Massen geworden ist. Die Bewegung um die Verkürzung des Arbeitstages auf die von einem alten bis vor kurzer Zeit verschollenen und un-

beachteten Gesehe für das Hundwert vorgeschriebenen Höhe von zehn Stunden erfaßte in diesem Sommer in Westrussland eine große Zahl der handwerksmäßigen Betriebe (in einzelnen Städten, darunter auch in Wilna sämmtliche) und hat überall, wo für diese Forderung eingetreten wurde, zur thatsächlichen Einführung des gesetzlichen Achtstundentages geführt. Dieser Bewegung, welche mit einer mächtigen Welle ergriffen hatte, suchte der Mittmeister Wassiljew mit brutalen Gewaltmaßregeln entgegenzutreten. Die Brutalität seines Vorgehens kennzeichnet sich zum Beispiel dadurch, daß er sämmtliche Schornsteinfeger der Stadt Wilna ins Gefängniß gesteckt hat. Gegenwärtig befinden sich bereits mehr als 100 Arbeiter der verschiedensten Berufe in den Gefängnissen von Wilna und jeden Tag werden neue Verhaftungen vorgenommen. Den Inhaftirten, deren Familien der bittersten Noth ausgesetzt sind, wird der Aufenthalt im Gefängniß noch dadurch verbittert, daß in den Zellen, welche zwischen den Zellen der in Einzelhaft Befindlichen liegen, Gendarmen gesetzt werden und daß in den größeren für mehrere Inhaftirten bestimmten Zellen des Beklinischen Gefängnisses zusammen mit den Inhaftirten auch verkleidete Gendarmen und Geheimpolizisten eingesperrt werden. — In der Fokmung, der Arbeiterbewegung in Wilna den Todesstoß zu versetzen, hat Wassiljew in der Nacht vom 1. auf den 2. Oktober 80 Hausdurchsuchungen abhalten und dabei auch einige der „Inhaltigen“ angehörende Personen verhaften lassen, obwohl nicht das geringste gefunden worden ist, was irgend jemand von denen, die von den Hausdurchsuchungen heimgeführt wurden, hätte belasten können. Das vollständige Fehlen seines neuesten Feldzuges sucht nun Wassiljew zu verdecken durch Ausstreitung eines feinen wahren Wort enthaltenden Gerüchtes, wonach er sozialistische Flugblätter und eine angeblich zu ihrer Herstellung dienende Schreibmaschine gefunden und überhaupt das gesammte „Aufwieglerthum“ ausgehoben habe. Welt entfernt, auf die Arbeiterschaft entnühmend zu wirken, sind seine Gewaltstreiche nur geeignet, bei ihr die lebhaftesten Sympathien für die Opfer der behörlichen Verfolgungswuth, wie auch einen Abscheu gegen das politische System, als dessen Träger sich vor ihr ein Wassiljew repräsentirt, wachzurufen. Das gegenwärtig für die russische Regierung gefährlichste „Aufwieglerthum“ ist das in der brutalen Weise sich in die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter einmischende und sie dadurch mit großem Erfolge gegen den russischen Absolutismus aufreizende russische Gendarmenkorps.

Griechenland.

Athen, 21. Oktober. Die Türkei gestattet den thessalischen Frischlingen die Rückkehr durch die Pässe von Bursa und Nagazi sowie durch zwei andere Pässe in der Nähe von Trikala und Kilyros. Der griechische Kommissar Durantis bleibt bei Eodem Pascha. Die anderen beiden Kommissare sind nach Karpensifon zurückgekehrt, um die Rückkehr der Thessaler ins Werk zu setzen. Die Grenzkommission ist in Volo angekommen.

Afrika.

Rassala's Uebergang an die Engländer. Wie der römische „Popolo Romano“ meldet, haben die Regierungen von Italien und Ägypten die Bedingungen und Modalitäten der Uebergabe Rassala's miteinander vereinbart. Oberst Parsons ist am 15. d. M. in Rassala eingetroffen und wird Anfang November nach Woskara zurückkehren. Sobald die ägyptische Regierung den Bericht des Oberst Parsons erhalten haben wird, werden die Operationen für die Uebergabe der Schießtheile beginnen, welche Italien bewilligt ist, an Ägypten abzutreten. General Canova erhielt den Befehl, die Erfüllung der Aufgabe des Oberst Parsons in jeder Weise zu erleichtern. Es ist noch nicht entschieden, ob englisch-ägyptische oder englisch-italienische Truppen die Garnison Rassala's und der angrenzenden Befestigungen besetzen werden.

Mit der Festnahme Rassala's wird die Position England-Ägyptens gegenüber dem Mahdreichthum außerordentlich verstärkt werden.

Amerika.

Vom Goldlande in Kanada liegen aus Ottawa, der kanadischen Bundeshauptstadt, folgende Mittheilungen vor: Der Ingenieur Brentnaber, welcher im Auftrag des Londoner Hauses Rothschild das Gebiet der Goldsünde am Doukon besucht hat, erklärt, daß die Reichte über den Goldreichthum des Landes nicht übertrieben seien. Indessen sei die Gewinnung des Goldes doch bedeutend schwieriger, als nach den bisherigen Darstellungen angenommen werden konnte. In der kurzen Sommerzeit von dreieinhalb Monaten werde es niemandem gelingen, sich ein Vermögen zu erwerben, sondern dazu würden zwei Sommer mit dem dazwischen liegenden langen Winter erforderlich sein, weshalb jeder Internationaler größere Betriebsmittel, viele Geräthchaften und Wohnungsausrüstung brauche. Um diese zu beschaffen, sei jedoch die vorberühmte Darstellung einer Eisenbahn nach dem Doukonlande nöthig, so daß die wirkliche Erschließung der Goldsünde wohl erst mit dem Jahre 1899 beginnen könne. — Nach weiteren Mittheilungen ist der Eisenbahnbau nach dem Klondyke bereits gestiftet, und zwar hat sich in diesem Zweck unter der Führung des bekannten nordamerikanischen Millionärs und Mineralbesizers William eine Gesellschaft mit einem Kapital von 100 Millionen Dollars gebildet, welche während des Winters das Material zum Bahnbau beschaffen und nach dem Hasenplatz Juncow beordern lassen wird, um mit Beginn des Frühjahres die Arbeit selbst in Angriff nehmen zu können. Von allen Tunnelbauten zur Ueberschreitung des Felsengebirges soll hierbei abgesehen werden, man will über den Chilcootpaß eine elektrische Schienenbahn legen, welche als ein besonderes Unternehen der Pullmann Palace-Car-Kompanie durchgeführt werden soll.

Inzwischen hat die kanadische Regierung die Fragen der Verwaltung endgültig erledigt. Das bis jetzt als Nordwest-Territorium bezeichnete Gebiet des Doukon- und des Malenzie-Stromes war bisher ein Theil des Staates Kolumbia, während nunmehr für den Nordwesten Kanadas ein eigener Staat mit einer besonderen Regierung gebildet ist. Zur Einrichtung dieser Verwaltung ist bereits vor einem Monat eine aus 200 Personen bestehende Expedition von Wenpeg aus quer durch das kanadische Steppenland nach dem Doukon abgegangen. Führer des Zuges sind der Minister des Innern für Kanada, Chifford Seston, und der Major Walsh als vorläufiger Administrator des Doukongebietes; außerdem befinden sich in dem Zuge zahlreiche Ingenieure und Verwaltungsbeamte, sowie hundert berittene Polizisten. Der Zug soll nach dem aufgestellten Plane Mitte November in Dawson City, dem Mittelpunkt des Goldgebietes, eintreffen.

No de Janeiro, 21. Oktober. Die Polizei gestreut mit Waffengewalt eine Ansammlung von Leuten, welche gegen den Schiedsgericht-Vertrag über das streitige Gebiet von Anapa eine Kundgebung veranstalteten. Die Ruhe ist wieder hergestellt.

Partei-Nachrichten.

Die Trauerbotschaft von Grillenberger's Tod hat in Nürnberg und Umgebung die tiefste Bewegung hervorgerufen. „Kein Mensch“, so schrieb die „Frankfurter Zeitung“, vermochte das Unglaubliche zu fassen. Die Familie hat den treubesorgten Vater und ältlichsten Gatten verloren. Die Partei wehlt, einen ihrer ersten Kämpfer, einen der unerlässlichsten Agitatoren, einen ihrer populärsten Redner nicht mehr in ihrer Mitte zu sehen. Die Freunde wissen den selbsten, unermesslichen Menschen, der stets bereit war, mit Hilfe, Rath und That bei der Hand zu sein. Seine Kollegen in der Redaktion trauern tief um den so plötzlich hingegangenen Mann, dessen ganze Lebensaufgabe der Partei und dem Nürnberger Parteiblatt gewidmet gewesen ist. Seine Fraktionsgenossen im Landtag und im Reichstag werden die Wäde schmerzlich empfinden, die in ihrer Mitte entstanden ist. Die Stadt Nürnberg hat einen ihrer besten und auflösungsfähigsten Bürger verloren.

Die bürgerliche Presse Nürnbergs, darunter auch der „Frankfurter Kurier“, mit dem Grillenberger die beständigsten Fehden zu führen hatte, widmen dem Verstorbenen sympathische Nachrufe, die

um so größere Bedeutung haben, als sie aus dem Munde lokaler Gegner kommen.

Sehr bedauern die Parteigenossen Nürnbergs, daß die Aufbahrung der Leiche nicht dort erfolgen konnte. Grillenberger hat selbst bestimmt, daß er durch Feuer bestattet werden soll. Die Aufbahrung konnte nur in München erfolgen, da der Sarg, ehe er zur Bahn kommt, der Vorschrift gemäß hermetisch verschlossen, und der Eisenbahnwagen, worin er transportirt wird, mit einer Blombe versehen werden muß, die erst in Gotha gelöst werden darf.

So blieb den Münchener Genossen die Ehre, die Trauerfeierlichkeit zu veranstalten. Dieselbe ging am Freitag Nachmittag in der fünften Stunde auf dem südbahnen Friedhofe vor sich. Nach Beendigung der Feier auf dem Friedhofe bewegte sich der Zug durch die Thalkirchenstraße, Schwantbaler- und Goethestraße bis zum Bahnhof, wo der Zug sich auflöste und nur Deputationen eintraten.

Eine Privatdepesche, datirt 6 Uhr 55 Minuten, meldet uns: Die Ueberführung der Leiche Grillenberger's ist soeben unter un-gewöhnlicher Theilnahme erfolgt. Die Haltung der Massen war tief ernst.

Eine weitere Privatdepesche meldet uns: Die Ueberführung der Leiche Grillenberger's vom Friedhofe zum Bahnhofe verlief unter zahlreicher Theilnahme und großem Menschenandrang überaus eindrucksvoll. Genosse Spath aus Nürnberg hielt am Friedhofe eine tiefempfundene Gedächtnisrede. Der Arbeiter-Sängerbund sang stimmungsvolle Grablieder. 100 Kränze wurden dem Leichenguge vorangetragen. Im Zuge befanden sich zahlreiche Landtags-Abgeordnete, der Magistrat von München, Deputationen zahlreicher Münchener und anständiger Vereinigungen. Der Zug, den zwei Musikkorps begleiteten, wird auf mindestens 5000 Personen geschätzt.

Die Beisetzung in Gotha erfolgt, wie schon mitgetheilt worden ist, Sonntag Nachmittag 3 Uhr. Die Parteiliste, die Fraktion, der „Vorwärts“ und die Parteigenossen Berlins, ferner die Parteigenossen zahlreicher anderer Orte werden vertreten sein.

Aus Paris empfangen wir noch folgende Depesche: Der hiesige deutsche sozialdemokratische Vorklub giebt seinem tiefen Schmerze über den Tod des Genossen Grillenberger Ausdruck.

In Ludwigschafen in der Rheinpfalz nahm eine Parteiverammlung die im „Vorwärts“ bereits mitgetheilte Stuttgarter Resolution an, worin es zum Schluß heißt: Der Standpunkt, daß dem heutigen Staat sowohl wie dem in ihm herrschenden Militarismus jeder Beweis des Vertrauens und somit jeder Groschen und jeder Mann zu verweigern sei, soll nach wie vor der Standpunkt der Partei bleiben.

In den Gemeinderathswahlen in Stuttgart wurde von einer dortigen Parteiverammlung mit großer Mehrheit beschloffen, mit der Volkspartei ein Abkommen dahin zu treffen, daß diese auf ihren Kandidatenzettel die Namen von zwei oder drei Sozialdemokraten setzen soll, wofür unsere Genossen ebenso viele Namen von Volksparteilern auf ihre Liste nehmen wollen. Landtags-Abgeordneter Genosse Klotz hatte diesen Vorschlag mit der Begründung vorgeschlagen, die bisherigen Wahlergebnisse hätten gezeigt, daß unsere Partei in absehbarer Zeit keine Aussicht habe, mit einem reinen Stimmentzettel eine Vertretung im Gemeinderath zu erlangen, der doch Fragen von einschneidender praktischer Bedeutung zu erledigen habe.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Der verantwortliche Redakteur der „Schwäbisch-Holsteinischen Volkszeitung“ in Riel, Genosse Korn, hat am 22. Oktober eine zweimonatige Gefängnisstrafe angetreten.

Das Reichsgericht verwarf die Revision des Genossen Bahle, dem verantwortlichen Redakteur der Magdeburger „Volksstimme“, der wegen Verleumdung der dortigen Polizei in 100 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängniß verurtheilt ist. In dem Urtheil des Reichsgerichts heißt es: „Der Angeklagte ist wegen öffentlicher Verleumdung aus §§ 185, 200 des Strafgesetzbuchs und § 20 des Reichsgesetzes verurtheilt, weil er in der intimirten Kundgebung der Wahrheit zuwider das Verhalten der Magdeburger Polizeibeamten gelegentlich einer am 1. Mai abgehaltenen öffentlichen Versammlung den sozialdemokratischen Theilnehmern derselben gegenüber in ehrverletzender Weise als ein gewaltthätiges und bewußt rechtswidriges dargestellt und den Beamten zugleich den bewußt ehrverletzenden Vorwurf der höchsten Parteilichkeit gemacht hat. Der ausdrücklichen Feststellung der Wahrheitswidrigkeit jener Darstellung gegenüber kann die gegenbeherrliche Behauptung der Revision keine Beachtung finden, und es kann danach der § 192 des Strafgesetzbuchs überhaupt nicht in Betracht kommen. Die Auslieferung des § 193 des Strafgesetzbuchs wird ohne Rechtsirrtum durch die Feststellung getragen, daß der Angeklagte irgend welche persönliche Interessen durch die Kundgebung nicht hat wahrnehmen wollen, sondern daß es ihm lediglich auf die Interessen der gesammten Arbeiterpartei angekommen ist.“ Der selbstgenüßliche Beruf des Angeklagten als Redakteur einer sozialdemokratischen Zeitung, die Tendenz des Blattes und seine Zugehörigkeit zu der sozialdemokratischen Partei vermögen aber, wie das Reichsgericht in wiederholten Entscheidungen anerkannt hat — vgl. Band 24 Nr. 168 u. a. m. — noch nicht ohne weiteres die Verurteilung des Angeklagten zu begründen, fremde Interessen, vorliegendenfalls der „gesammten Arbeiterpartei“ unter Verletzung der Ehre anderer wahrzunehmen.“

Der Redakteur der Bielefelder „Volksmacht“, Genosse Karl Hoffmann, hatte sich am Bahnhofe bei dem Polizeikommissar über einen Kussau informieren wollen, der eine Stunde vorher bei der Arretur eines Mannergesellen dadurch entstanden war, daß der Geselle angeblich auf Veranlassung der Polizei von einem Wartenmeister geschlagen worden war. Hoffmann soll sich bei der Vernehmung des Polizeikommissars so laut geköhrt haben, daß ebenfalls ein Kussau entstand. Er empfing infolge dessen ein über 25 M. lautendes Strafmandat wegen „groben Unfugs“. Das Schöffengericht, dessen Vorsitz Hoffmann annahm, erklärte ihn ebenfalls für schuldig und setzte die Strafe auf 20 M. fest. Der Vorsitzende meinte, wenn auch nur zwei Menschen aus Neugierde herbeigekommen wären, dann hätte der Angeklagte durch sein Verhalten groben Unfug verübt. Hoffmann wird gegen dieses Urtheil Berufung einlegen, denn wenn dasselbe Rechtskraft erhalte, dann sei man ja keinen Augenblick auf der Strafe sicher, groben Unfug zu verüben.

Aus Dresden wird uns geschrieben: Bekanntlich hat jetzt zum zweiten Male die Kreishauptmannschaft Dresden entschieden, daß Versammlungen nicht nachts 12 Uhr beendet sein müssen, wie das bisher verlangt wurde. Ausgenommen sind Sonnabende und Vorabende von gesetzlichen Festtagen. Die Entscheidung der Kreishauptmannschaft scheint aber nicht den Beifall der Behörden zu finden. Die „Leipziger Zeitung“, das amtliche Organ der sächsischen Regierung, machte — wenn auch indirekt — den Vorschlag, man solle mittels der Polizeistunde und zwar auf dem Wege der Verordnung eine Einschränkung der Versammlungsdauer herbeizuführen versuchen. Im Zusammenhang damit sieht wohl das Vorgehen der Amtshauptmannschaft zu Dresden-Mittstadt, die jetzt bei den ihr unterstehenden Gemeindevorständen angefragt hat, wie diese sich zur Einführung der Polizeistunde stellen. Es liegt wenigstens kein Anlaß vor, diese Umfrage auf etwas anderes als auf den fraglichen Gegenstand zurückzuführen. Man kann gespannt sein, was dabei herauskommen wird. Die Arbeiter werden sich natürlich gegen jeden Versuch, das bischen Vereins- und Versammlungsrecht noch mehr zu schwächern, energisch wehren. — Das Verfahren mancher überwachenden Beamten, den Redirenten in der ungerichtfertigen Weise zu unterbrechen, oder ihm gar das Wort zu entziehen, das auch in schärfster Form gekommen ist, hat jetzt auf eine Beschwerde hin zu einer Restituzion des betreffenden Beamten geführt. Dem Brigadier Zeughaug, einem sehr pflichtfertigen Beamten, ist eine Klage ertheilt worden, weil er Genossen Prädorff in einer Versammlung in Reichlich vorigen Monat das Wort entzogen hatte. Ob es helfen wird? —

Gewerkschaftliches.

Die Berliner Mitgliedschaft des deutschen Holzarbeiter-Verbandes hat den englischen Maschinenbauern 2000 Mark überwiesen. Weitere Zuwendungen sollen folgen.

Die Porzellanarbeiter Deutschlands werden darauf aufmerksam gemacht, daß das gesamte Personal der Porzellanfabrik in sich bei Carlshof durch die ununterbrochene Chikanierung seitens des Direktors Wehinger zur Kündigung der Arbeit gezwungen worden ist. Arbeitsangebote nach sich mögen unter keiner Bedingung angenommen werden. Ueber die Kasse Fabrik wurde die Sperre verhängt, weshalb es Pflicht eines jeden Porzellanarbeiters ist, Zugang dahin fernzuhalten.

Mit einem Preispruch endete die Anklage, die gegen drei Harmonikaarbeiter in Magdeburg auf Grund des § 153 der Gewerbe-Ordnung erhoben worden war.

Deutsches Reich.

Zum Streik der Töpfer in Meissen-Cölln (Orenfabrik Sagonta) ist mitzutheilen, daß die Geschäftsleitung jede Verhandlung mit den Streikenden ablehnt, sowie überhaupt niemand von den letzteren wieder einzustellen beabsichtigt. Der Versuch des Gemeindevorstehers von Cölln und des Vorstandes des Zentralverbandes der Töpfer, den Streik durch beiderseitige Unterhandlungen beizulegen, scheiterte an der Hartnäckigkeit des Direktors Hörneck. Die Firma sucht, trotzdem sie Gerüchte verbreitet, die Orenfabrikation überhaupt einstellen zu wollen, durch Inzerate und Agenten Töpfer bei dauernder Beschäftigung nach Meissen zu locken. Von den 67 streikenden Arbeitern sind bereits 33 anderweitig untergebracht, so daß noch 34, darunter 25 Ehefrauen, zu unterstützen sind. Eine stark besuchte Versammlung, die am 18. Oktober in Meissen stattfand, beschloß, den Kampf weiter zu führen und namentlich nur in Unterhandlungen einzutreten zu wollen, wenn die Firma sich hierzu selbst bereit erklärt. Die im Auslande stehenden Töpfer erwarten, daß der Zugang nach Meissen-Cölln, ebenso nach Zehren bei Meissen, woselbst die Firma neuerdings zu fabriciren sucht, streng ferngehalten wird. Es ist alsdann nicht ausgeschlossen, daß die Geschäftsleitung gezwungen wird, ihre bisherige Kampfweise aufzugeben.

Ausland.

Der Streik der italienischen Maurer in Luzern, so berichten bürgerliche Blätter, ist bis jetzt ruhig verlaufen. Das ausgebotene Militär hat das Kriegshandwerk mit dem Polizeidienst vertauscht. Die Verhandlungen der Ausständigen mit den Baumeistern sind völlig gescheitert. 247 Italiener wurden von den Baumeistern auf die „schwarze Liste“ gesetzt, sind somit von den Bauplänen der dem „Schweizerischen Baumeisterverband“ angehörenden Meister ausgeschlossen. Ein Versuch, Tiroler Maurer herbeizuziehen, schlug fehl; die Angeworbenen kamen nicht. Voraussichtlich werden die Ausständigen durch den Streik nichts gewinnen. Viele derselben sind bereits abgereist. Dem Kanton Luzern kostet die Sache wegen des Militäraufgebots täglich 700 Franken.

Die Schweizerischen Schneidergesellen gedenken nächstes Frühjahr in einem allgemeinen Streik einzutreten, wenn bis dahin gewisse Tarifstreitigkeiten nicht beigelegt werden können. Mit dem Verbands der Arbeitgeber sind Unterhandlungen angeknüpft.

Die **Marnnachrichten deutscher bürgerlicher Blätter**, als ob von der sozialistischen Partei Belgiens unter allen Umständen auf einen Bergarbeiter-Streik hingearbeitet werde, der am 1. November zum Ausbruch kommen soll, sind zum Theil direkt falsch, zum Theil übertrieben. Ein allgemeiner Ausstand ist für den Fall der Ablehnung einer Lohnerhöhung wohl beschlossen, aber vom Bergarbeiter-Verband. Aber auch dieser arbeitet nicht auf den Streik hin, sondern sucht ihn möglichst zu vermeiden. In einer Sitzung des städtischen Verbandes wurde den Delegirten anempfohlen, zunächst alle gangbaren Wege zu beschreiten, mit der Exekutive in Verbindung zu bleiben und nicht selbständig vorzugehen.

Aus dem Kohlenbezirk von Lens wird gemeldet, daß das Referendum der Bergleute der Carvin-Gesellschaft, die gegen die geringen Löhne protestiren, zu Gunsten des Ausstandes ausgefallen ist; 347 Stimmen erklärten sich für, 144 gegen den Streik. Trotz dieser Majorität zu Gunsten der Arbeitsaufstellung hofft man dank der Intervention des Deputirten Basly (soz.) bei dem Präsidenten des Verwaltungsraths der Gesellschaft ein Einvernehmen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern herbeizuführen.

Zum Kampf der englischen Maschinenbauer liegen heute folgende Nachrichten vor: Das Handelsamt richtete an die Sekretäre des Arbeitgeberverbandes in Maschinenbaugewerbe ein gleichlautendes Schreiben, das auf die beklagenswerthen Folgen, die aus einer Verlängerung des Gewerbestreikes dem Lande wahrscheinlich erwachsen würden, hinweist und der Zustimmung beider Parteien einen allgemeinen Entwurf der Grundlagen für eine Konferenz unterbreitet, worin unter anderem die Zurückziehung der Forderung des Achtstundentages für die Dauer der Konferenz enthalten ist.

Die **Reffelbauer der Londoner Schiffsreparatur-Verhältnisse** streiten weiter, trotzdem sich die Gewerkschaftsleiter für Aufnahme der Arbeit erklärten. Dagegen wird aus West-Flankpool gemeldet, daß die dortigen Maschinenbauer eine namentliche Abstimmung vornehmen wollen, ob die Arbeit wieder aufgenommen werden soll oder nicht. Dem Mann ist nach Amerika abgereist, um dort Propaganda für die Ausständigen zu machen. Der große Londoner Chokoladenfabrikant Cadbury hat an John Burns geschrieben: „Arbeitskriege sind, wie solche zwischen Nationen, deren unwürdig, die sich Christen nennen. Im vorliegenden Falle sind die Arbeiter mehr zu tadeln, weil sie eine schiedsgerichtliche Entscheidung ablehnen. Solange sie dabei beharren, werde ich dem Verein der Maschinenbauer wöchentlich 50 Pf. schicken.“ Der Konsumverein von Exeter hat den Streikern 500 Pf. versprochen. Eine Fülle anderer Arbeiter-Organisationen hat kleine Beträge gesandt. Eine Depesche aus Glasgow meldet, daß die dortigen Unternehmer erklärt haben, es sei keine Aussicht vorhanden, daß der Vorschlag des „Board of Trade“, eine Konferenz abzuhalten, angenommen werde. Eine Einmischung sei überhaupt nicht notwendig.

Soziales.

In der Lungenheilstation von Dr. Waller in Oßersdorf in Schlesien sollen, wie uns berichtet wird, von den zur Unterhaltung der Patienten ausliegenden Tagesblättern u. a. die Berliner „Volkzeitung“ abgeschafft worden sein, während radikalere Zeitungen beibehalten würden. Bekanntlich hat der neue Leiter des Reichs-Versicherungsamts, Herr Häbel, in einem vertraulichen Schreiben die Vorstände der Berufsvereine und Versicherungsanstalten ersucht, darauf hinzuwirken, daß zum Zweck der Bekämpfung der Sozialdemokratie in den Heilanstalten die frömmelnden Schriften des christlichen Zeitungsvereins in Berlin ausgelegt werden sollen. Eine Folge dieses für den neuen Kurs im Reichs-Versicherungsamts bezugnehmenden Ersuchens scheint die von der Waller'schen Anstalt vorgenommene Neuerung im Zeitungsabonnement zu sein. Ist das zutreffend, so könnte man nur bedauern, daß eine Anstalt von dem wissenschaftlichen Aufse der Görbersdorfer sich dazu hergiebt, derartige Bestrebungen zu unterstützen.

Der Stadtrath von Leipzig hatte bei den Stadtverordneten beantragt, 500 M. zu den Kosten der Feier des 25-jährigen Bestehens des Notariatsangehörigen-Verbandes zu bewilligen. Die Vorlage wurde einstimmig abgelehnt. Die „Leipziger Volkszeitung“ sagt darüber: „Es ist ein Unikum, daß ein gewerkschaftlicher Arbeiterverein einen Beitrag zu festlichen Veranstaltungen aus dem Säckel der Steuerzahler beansprucht. Bei der prinzipiell gegnerischen Haltung der sozialdemokratischen Stadtverordneten gegenüber Geldverwilligungen zu patriotischen wie privaten Festlichkeiten trat selbstverständlich keiner der Arbeitervertreter für die Rathsvorlage ein.“

Abgelehnt hat der Hamburger Senat das an ihn gerichtete Gesuch des dortigen Vereins der Milchhändler, die Beschäftigung von Schulkinder zum Austragen von Milch in den Frühstunden vor der Schule zu gestatten.

Versammlungen.

In der Generalversammlung des sozialdemokratischen Agitationsvereins für den Reichstags-Wahlkreis Straßburg-Franzburg-Rügen gab der Vorsitzende Bericht über die Thätigkeit des Vereins. Es wurde an Material 25 Kilogramm gesammelt und dem dortigen Vertrauensmann überwiesen. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 86,90 M. und eine Ausgabe von 9,61 M., dazu Bestand vom verfloffenen Quartal 47,10 M., verbleibt Bestand 80,39 M. Zum Vorsitzenden wurde Schudt, zum Schriftführer R u s s w i t z, als Revisor wurde R i e t h erwählt. Die Vereins-sitzungen finden im Winterhalbjahr jeden ersten Sonntag nach jedem 1. und 15. des Monats Zudenstr. 86 bei Mörschel statt, in welchen Mitglieder ausgenommen werden.

Die **Maurer** hielten am Donnerstag eine öffentliche Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Teilnehmer das Andenken des Genossen Grillenberger durch Erheben von den Sigen. Dann berichtete das Lohnkommissions-Mitglied M e h l e über die gegenwärtige Situation. Dieselbe sei zwar keine besonders gute, jedoch sei es gelungen, in mehreren Fällen den Versuch der Unternehmer, den 50 Pfennig-Stundenlohn herabzusetzen, mit Erfolg entgegenzutreten. Im allgemeinen gingen die Maurer, dem Rathe der Lohnkommission zufolge, mit den Bauperrern jetzt vorsichtiger vor, sobald Sperren jetzt nur noch selten zu verzeichnen wären. Zur Zeit würden noch 51 Kollegen als Gemahregelte unterstügt. In der Diskussion wurde ein Fall besprochen, wo sich die Steinträger eines Hauses mit den Maurern, welche einen Konflikt mit dem Unternehmer hatten, solidarisch erklärten und sich weigerten, mit den streikbrechenden Affordmaurern zusammenzuarbeiten. Da die betreffenden Steinträger für ihre Person keinen Anspruch auf die ihnen von den Maurern zugesagte Streikunterstützung machen, so überwiegt die Versammlung dem Verband der Bauarbeiter die Summe von 100 M. Ferner wurde beschlossen, zwei Maurer, die auf einem Bau in Meimoldorf (außerhalb des Streikgebietes) wegen Sammelns zum Streikfonds der Berliner Maurer gemahregelt worden sind, in der üblichen Weise zu unterstützen. Hierauf wurde die in einer früheren Versammlung abgebrochene Debatte über die Abrechnung des Kassenrechtes der Lohnkommission fortgesetzt. Auf Beschluß jener Versammlung ist eine erneute Revision vorgenommen worden. Ueber das Ergebnis derselben berichtete der Revisor W o r m: Die Abrechnung habe sich als eine durchaus ordnungsmäßige herausgestellt. Die Revisoren hätten nur einige Druckfehler und einige unwesentliche irrthümliche Eintragungen festgestellt, und ein Defizit von 41 M. gefunden, was in anbeacht der großen Summen, die der Kassirer zu verwalten hatte, ein sehr unbedeutendes sei. Er beantrage, dem Kassirer Decharge zu ertheilen und das Defizit niederzuschlagen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Zum Schluß entstand aus Anlaß eines bestimmten Falles eine lebhaft debattirte darüber, ob das Prinzip, mit solchen Maurern, die sich während des Streiks unsolidarisch verhalten haben, nicht zusammen zu arbeiten, unter allen Umständen durchgeführt werden solle. F r i t s c h warnte eindringlich vor einem allzu scharfen Vorgehen gegen ehemalige Streikbrecher. Die Folge davon würde eine scharfe Trennung zwischen zielbewußten und indifferenten Maurern sein, und die Möglichkeit, auf die letzteren einzuwirken, werde unter solchen Umständen sehr erschwert. Es sei nicht rathsam, wegen eines einzigen Indifferenten, der auf einem Bau unter zielbewußten Kollegen arbeite, einen Konflikt herbeizuführen, umsoweniger, da zahlreiche Unternehmer jetzt die Zeit für gekommen erachten, um Lohnförmungen vorzunehmen. Diese Ausführungen Fritsch's veranlaßten den Maurer D o l s k i zu dem Antrag, man möge die Lohnkommission aufheben. Der Antrag wurde in der Diskussion von allen Seiten als ganz unbegründet bezeichnet und einstimmig abgelehnt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Eine gut besuchte Vertrauensmänner-Versammlung tagte am 20. Oktober bei Cohn, Weichstraße. Kollege K u n z e referirte über die Aufnahme einer Statistik im Holzarbeitergewerbe. Er gab einen kurzen Ueberblick über die Beteiligungen an der letzten von dem Verbands ausgenommenen Statistik. Der Referent ging sodann auf den Werth einer Statistik für die Agitation ein und ersuchte die Anwesenden, in den Werkstätten dafür zu sorgen, daß durch eine rege Beteiligungen und durch korrekte Ausfüllung der Fragebogen die diesjährige Statistik an Werth alle vorhergehenden übertriffe. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung schilderte Kollege S t o d e in kurzen Zügen den Kampf der englischen Maschinenbauer um den Achtstundentag. Redner weist nach, daß dieser Kampf zur Genüge zeige, daß die Bourgeoisie der ganzen Welt die gleiche sei, wenn es gelte, ihre ökonomische Machtposition gegenüber den Arbeitern zu behaupten. Dieser Kampf zwischen Kapital und Arbeit würde allem Anschein nach bis zur beiderseitigen Erschöpfung ausgetragen. Da es sich um eine Forderung handelt, welche die Arbeiter aller Nationen auf ihre Fahnen schreiben, müsse den englischen Maschinenbauern als Vorkämpfer für diese Forderung auch die Unterstützung aller Arbeiter zu theil werden. Die Versammlung bewilligte als 1. Rate 2000 M. Die anwesenden Vertrauensleute verpflichteten sich für Abfah der wöchentlichen Streikmarken zu sorgen und dafür zu wirken, daß für die Maschinenbauer in den Werkstätten gesammelt wird. Die gesammelten Gelder sollen auf dem Arbeitsnachweis abgeliefert und im „Vorwärts“ quittirt werden. Kollege M a s s berichtete sodann über die im Monat September-Oktober stattgefundenen Werkstatststreiks und die Differenzen, unter denen der Streik bei C a n i z und bei E b e r h a r d t besonders hervorgehoben wurde.

Eine öffentliche **Korbmacher-Versammlung**, die am 21. Oktober bei Cohn tagte, beschäftigte sich mit dem Hamburger Streik. Dort sind jetzt über 400 Korbmacher ausständig, weil die Unternehmer verweigern, den Lohn herabzudrücken. Die Einigungsversuche scheiterten an der ablehnenden Haltung der Unternehmer. Die Hamburger Firma Schrader soll nun der hiesigen Firma Nob. Schmidt die Anfertigung eines Postens Kugelförbe übertragen haben; feststellen hat sich das jedoch nicht lassen. R i e t h -Spandau erklärte hierzu, daß die Spandauer Geschützgießerei der Hamburger Firma Schrader 6000 Körbe abgenommen und der Firma Schmidt-Verlin übertragen habe. Die bei dem Hamburger Ausstand in betracht kommenden drei Firmen hätten sich nach ihm bestimmt zugänglicher Mittheilung darin geeinigt, fünfzigprozentige Abzüge zu machen, zu gleichem Vorgehen auch die Spandauer Firma Krüger aufgefordert, hätten hier jedoch kein Entgegenkommen gefunden. Ermuntert zu ihren Abzugsgelassen seien die Hamburger Unternehmer nur dadurch, daß in Berlin Abzüge vorgekommen seien, und daß sei einzig Schuld der Arbeiter. Die Unternehmer hätten bei Annahme der Arbeit durchweg mit dem hohen Lohnsatz gerechnet, die jetzigen Abzüge stießen einzig als Mehr in ihre Taschen. Allem Anschein nach seien die Aufträge noch nicht alle erledigt, es heiße jetzt Front machen gegen jegliche Lohnreduktion; wenn angängig, müsse versucht werden, den anfangs festgesetzten Lohn zurückzuerobern. Im weiteren Laufe der Diskussion wurde sowohl die Frage der Unterstützung der Hamburger Kollegen, wie die der Gründung eines öffentlichen Streikfonds eifrig ventilirt. Beschlossen wurde, sofort pro Mann und Woche 1 M. zum Streikfonds des Korbmacher-Verbandes zu zahlen, um, wenn es noch thue, die Hamburger Kollegen finanziell unterstützen zu können.

Eine öffentliche **Schuhmacher-Versammlung** tagte am Donnerstag im Lokale „Königsbau“, in der eingangs das Ableben des Genossen Grillenberger durch Erheben von den Plänen geehrt wurde. Alsdann erstatteten die Revisoren Bericht über die letzte Kassenlegung der Agitationskommission, nach welcher einschließlich eines alten Bestandes von 1117,98 M. eine Einnahme von 2378,85 M. und eine Ausgabe von 2961,12 M. zu verzeichnen ist, so daß ein Bestand von 18,73 M. verbleibt. Die Versammlung ertheilt dem Kassirer auf Antrag der Revisoren, die Bücher und Kasse in bester Ordnung befunden hatten, Decharge. Bemängelt wurde, daß noch zwei Fabriken mit ihren Beiträgen im Rückstande sind. Ueber den Streik bei der Firma R i c h t e r u. Co. wegen Lohnhörsdifferenzen wurde berichtet, daß dieser nach kurzem Dingen zu Gunsten der Arbeiter trotz dem Bestreben des Unternehmers, durch Inzerate Streikbrecher zu erhalten, beendet ist, was wohl vorzugsweise dem Umstande zuzu-

schreiben sei, daß sämtliche beteiligte Arbeiter organisiert waren und sich während des Streiks musterhaft hielten. Unter Verschiebung wurde angeregt, den Modus des Sammelwesens für den Streikfonds dahin abzuändern, daß den Vertrauensleuten der einzelnen Betriebe ein gewisser Baarbestand überlassen bleiben möge, worüber jedoch kein Beschluß gefaßt wurde. Anschließend an diese Debatte nimmt die Versammlung einen Antrag an, nach welchem die Entschädigung an die Vertrauensleute für Sitzungen abgelehnt wird. Von der Firma Rosenthal (Schöneberg) wird berichtet, daß seitens der Geschäftsleitung den Arbeitern der Besuch der Schuhmacher-Versammlungen und das Verleihen im Obst'schen Lokale unterlagert wurde; man gedenkt, in nächster Zeit die betreffenden Arbeiter energisch zum Anschluß an die Organisation aufzufordern.

Für **Johannisthal und Nieder-Schöne-weide** fand am 18. Okt. in der Borussia-Brauerei zu Nieder-Schöne-weide eine öffentliche Parteiversammlung statt, in welcher zunächst der Vertrauensmann J o h n seinen Jahresbericht erstattete. Er hatte eine Einnahme von 248,67 M. und eine Ausgabe von 171,75 M., mithin bleibt ein Bestand von 76,92 M. Im Anschluß hieran richtete er einen Appell an diejenigen Genossen, welche zwar bei der Wahl unserem Kandidaten ihre Stimme geben, sich sonst aber das ganze Jahr nicht um die Bewegung kümmern, angeichts der bevorstehenden, für unsere weitere politische Entwicklung so hoch bedeutsamen Reichstagswahlen sich unverzüglich dem hiesigen Arbeiterbildungsverein anzuschließen. Besonders ermahnt er diejenigen, die immer noch gedankenlos genug sind, die gegnerische Presse mit ihrem Gelde zu unterstützen, das Schädliche ihres Verhaltens einzusehen und auf den „Vorwärts“ zu abonniren. Auf Antrag des Revisors S c h ö n i c k e wurde dem Vertrauensmann John von der Versammlung Decharge ertheilt und hierauf für das kommende Jahr wiedergewählt. In die Lokal-kommission werden J o h n, W e b e r und R e i c h e r t, und zu Revisoren B a u m a n n, K r o h n e und M a n n erwählt. Hierauf erstattete E b e r h a r d t den Bericht über den Hamburger Parteitag. Durch Beifall bekundete die Versammlung am Schluß seiner Ausführungen ihr Einverständnis mit denselben. Da der Dekonom der Brauerei, der sonst unbeschränkte Konzeption hat, an den Tagen, an welchen er sein Lokal den Arbeitern zur Verfügung stellt, auf Befehl des Herrn v. O p p e n um 10 Uhr schließen muß, so konnte leider eine eingehende Diskussion nicht mehr stattfinden und mußte deshalb die Versammlung nach einigen kurzen Ausführungen geschlossen werden.

In **Charlottenburg** tagte am Dienstag, den 19. Oktober, eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung. Stadtverordneter B a t e r hielt das mit großem Beifall entgegen-genommene Referat. Redner führte aus, daß er nebst seinem Genossen Bernide oft schwere Zeiten durchzumachen hätte, und daß ihre Anträge infolge der Starrköpfigkeit der Gegner in der Stadtverordneten-Versammlung meist niedergeschmetzt werden. Redner beleuchtete sodann noch die miserablen Löhne der städtischen Arbeiter, welche auch unseren Genossen Veranlassung gaben, in der Stadtverordneten-Versammlung — natürlich ohne Erfolg — für Aufbesserung derselben einzutreten. Nur in der Gaßankast wurden, aber auch nur einigen, Arbeitern Lohnzulagen bewilligt. Um mehr für die Arbeiterkassen zu können, sei es Pflicht der Parteigenossen, am 18. November bei der Wahl ihre Stimme dem sozialdemokratischen Kandidaten zu geben. Nachdem noch von mehreren Rednern die Parteigenossen ermahnt worden waren, recht rege für die Wahl zu agitiren, schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

In **Spandau** fand am Donnerstag eine öffentliche Parteiversammlung statt. Genosse D u c s c h widmete dem so früh dahingegedenen Mitkämpfer, Genossen G r i l l e n b e r g e r, einen kurzen Nachruf, die Versammelten ehrten den Todten durch Erheben von den Plänen. Hierauf erstattete Genosse S c h r ö d e r Bericht über den Hamburger Parteitag, in dem er sich über die Schippl'sche Neuerung und den Beschluß betreffend die Beteiligungen an den Landtagswahlen eingehend verbreitete. Der Vertrauensmann G r i e b e n erstattete alsdann den Kassenbericht für die Zeit vom 1. November 1896 bis 30. September 1897, in welchem Zeitraum eine Einnahme von 1425,56 M. und eine Ausgabe von 1328,66 M. zu verzeichnen war. Auf Antrag der Revisoren wurde G r i e b e n Decharge ertheilt. Aus dem Bericht des Vertrauensmannes P i e p e r ging hervor, daß im letzten Jahre 9 Versammlungen, 2 Agitationstouren auf das Land und eine solche in Spandau selbst stattfand; die Presse werde leider noch immer wenig gelesen und die Parteispedition am Orte freffe die Ueberschüsse der Buchhandlung auf. Bei den sich hierauf anschließenden Neuwahlen wurden gewählt: Lokalkommission: G r i e b e n und P i e p e r; in die Lokalkommission: G e n n e r i c h, L a u f a n t, R e h l und R e i n e r t; in die Prekmission: G r i e b e n, P i e p e r, S c h o r i e s, L a u f a n t und D u c s c h; zu Revisoren: G e n n e r i c h, S e n f l e b e n und R e i n e d e. Alsdann wurden zu Kandidaten für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen die Genossen S c h r ö d e r, G r i e b e n, M ä l l e r und F e n e r h e r d ausgeselert. Nachdem Genosse S c h r ö d e r noch auf die Bedeutung der uns bevorstehenden Wahlen hingewiesen und D u c s c h auf die am Sonntag, den 31. d. M., stattfindende Flugblattvertheilung aufmerksam gemacht, wurde die gut besuchte Versammlung mit einem drausenden Hoch geschlossen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Paris, 22. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Genosse K ö n i g s aus London, der in einer Versammlung über den Achtstundentag sprechen sollte, wurde vom Kommissar verhaftet. Die von 2000 Personen besuchte Versammlung fand trotzdem statt. Genosse W i s s e l hielt das Referat. Lebhaftige Diskussion. Sämtliche Redner fanden stürmischen Beifall. Protestresolution angenommen.

Wien, 22. Oktober. Das Abgeordnetenhaus verhandelte heute von 11 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends über die zweite Minister-anlage wegen der Vorgänge in Eger. Obstruktionsoersuche kamen heute nicht vor. Dienstag wird die Verhandlung fortgesetzt.

Paris, 22. Oktober. (W. L. V.) Heute früh gegen 6 Uhr wurde H a u c h in den unteren Räumen der deutschen Botschaft bemerkt; es brannten die Holzvorräthe im Keller. Die Feuerwehr, welche bald zur Stelle war, hatte das Feuer um 8 1/2 Uhr bewältigt. Der ganze Holzvorrath ist verbrannt. Ten ganzen Vorrath war eine beträchtliche Menschenmenge vor dem Botschaftsgebäude angesammelt. Die Entstehungsurache des Feuers ist noch unbekannt.

Rom, 22. Oktober. (W. L. V.) Starker ununterbrochener Regen hat in Rimini, Ancona und Neapoli erhebliche Ueberschwemmungen verursacht. In Rimini sind die tiefer gelegenen Stadttheile und Ländereien der Umgebung überfluthet. In Ancona wurden die Bahnhöfe nach Bologna, Rom und Foggia durchbrochen und in den benachbarten Ortscschaften hat das Hochwasser schweren Schaden und auch einige Verluste an Menschenleben zur Folge gehabt. In Neapoli stürzte ein Haus und ein Theil der Stadtmauer ein. Die Stadt und die Felder sind durch das Austrreten der Fluthlässe unter Wasser gesetzt und die Verkehrsstraßen infolge von Dammulschungen unterbrochen.

Rom, 22. Oktober. In Sanzallita verursachten Ueberschwemmungen sehr schweren Schaden. Das Wasser führte Vieh und Geräthe mit sich fort, durchbrach Dämme, Mauern, Straßen und Brücken. Die Haltung der Truppen in ihrem schwierigen Rettungswerk ist bewundernswürdig. In Rimini ist das Wetter besser geworden, das Steigen des Wassers hat sich zusehends verringert, die äußerste Gefahr ist abgewendet.

Petersburg, 22. Oktober. (W. L. V.) Der „Regierungsbote“ veröffentlicht den Bericht der Kommission zur Freistellung der Persönlichkeit der auf dem Chodinkofelde im Mai 1896 Verunglückten. Die Gesamtzahl derselben wird auf 1429 angegeben. An die Angehörigen der Verunglückten wurde eine Unterstützung im Betrage von 390 000 Rubel vertheilt.

Kommunales.

Und der Magistratskommission am Freitag. Besuchsberatung der gemeinsamen Maßnahmen zur Beschaffung der Pariser Weltausstellung 1900 seitens der Städte wird demnächst unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Jelle eine Kommission aus Vertretern deutscher Städte gebildet werden.

Wegen Ankaufs des alten Polizei-Präsidenten-Gebäudes am Marktplatz seitens der Stadtgemeinde soll nach Beschluß des Magistrats-Kollegiums mit den Staatsbehörden in Verhandlung getreten werden.

Nach einer Anstellung des Gasratoriums, welche in der gestrigen Sitzung des Magistratskollegiums zur Mitteilung gelangte, sind von den gegenwärtig vorhandenen 22006 Straßenlaternen bereits 11488 mit Gasglühlicht versehen, es sind daher noch 10523 Laternen damit einzurichten. Bei der Einrichtung mit Gasglühlicht ist eine jährliche Ersparnis von 4 Millionen Kubikmetern Gas erzielt worden.

Der General-Kommissar der deutschen Abteilung der Brüsseler Weltausstellung 1897, Geh. Kommerzienrath M. Guenther, hat dem Magistrat die Mitteilung gemacht, daß das Internationale Preisgericht der diesjährigen Weltausstellung in Brüssel ihm die „Goldene Medaille“ verliehen habe.

Magistratsdiener Bunge hat bereits eine 50jährige Dienstzeit absolviert und verließ bei der Stadtvorordneten-Versammlung seit 34 Jahren seinen Dienst. Das Magistratskollegium hat hieraus Veranlassung genommen, zu beschließen, dem Beamten bei seinem bevorstehenden Ausscheiden aus dem Amte das volle Gehalt als Pension zu gewähren.

Der Magistrat hat der Aktiengesellschaft Berliner Elektrizitätswerke die Genehmigung zur Verlegung der für den elektrischen Betrieb der beiden Linien der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft, Alexanderplatz-Schöneberg und Demmlerstraße-Kreuzberg erforderlichen Speisefabel erteilt.

Lokales.

Die Parteigenossen im vierten Wahlkreise (Öfen) werden aufgefordert, sich an der Flugblatt-Verbreitung zu den Stadtverordnetenwahlen, die am Sonntag Morgen erfolgt, rege zu beteiligen. Die Verbreitung findet morgens 8 Uhr von folgenden Lokalen aus statt: für den 25. Wahlbezirk: Roggenbock, Posenerstr. 5; Kurz, Mühlenstr. 8; Mühlke, Memelerstr. 35. für den 26. Wahlbezirk: Jabel, Frankfurter Allee 90; Franke, Friedrichsbergerstr. 11; Vogel, Göttingerstr. 9.

Achtung, Parteigenossen! Am Montag, den 1. November, findet im Lokale Sanssouci in der Rotblauerstr. 4a eine Volksversammlung statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Paul Singer über die Frage: „Haben die Frauen ein Interesse an den Stadtverordneten-Wahlen?“ einen Vortrag halten wird. Die Parteigenossen werden schon jetzt auf diese Versammlung hingewiesen. Die Vertrauensperson.

Gegen die Herabsetzung der Frequenz der Gemeindefiskalklassen, die von den Arbeitervertretern in der Stadtvorordneten-Versammlung wiederholt gefordert worden ist, wird in der Regel als wichtigstes und bei den Gegnern dieser Forderung ausschlaggebendes Moment angeführt, daß die Kosten zu bedeutend sein würden. Soll z. B. die Durchschnittsfrequenz auch nur um ein einziges Kind pro Klasse herabgesetzt werden, so giebt das, sagt man, bei jetzt etwa 3700 Klassen allein schon 3700 Kinder, für die neue Klassen und Schulen geschaffen und neue Lehrkräfte angestellt werden müssen. Stadtschulrath Vertxam berechnete vor einigen Wochen in der Stadtvorordneten-Versammlung bei einer solchen Frequenzdebatte die Zahl der Klassen, die bei Herabsetzung um nur je 1 Kind neu einzurichten seien, auf 740, wurde aber durch sofortige Erwiderung aus der Versammlung heraus darauf aufmerksam gemacht, daß er sich in der Eile verrechnet und eine Null zu viel angegeben hatte. Mit einem umfangreicheren Rechenexempel wartete in der letzten Stadtvorordneten-Sitzung Stadtvorordneter Weber seinen erlauchten Zuhörern auf, um den die Herabsetzung der Maximalfrequenz fordernden Antrag Borgmann und Genossen als undurchführbar darzutun. Er meinte, bei Herabsetzung des Maximums auf 40 müßten, da das jetzige Maximum in der Oberstufe (Klasse 1 und 2) 50, in der Mittelstufe (Klasse 3 und 4) 60, in der Unterstufe (Klasse 5 und 6) 69 sei, über 73 000 Kinder anderweitig untergebracht werden, was 102 neue Schulen (à 18 Klassen je 40 Kindern) und allein an Grundstücke- und Baukosten über 43 Millionen erfordere. Natürlich stimmte auch dieses Exempel nicht. Herr Weber mußte darüber belehrt werden, daß er sich an unrichtiger Stelle als Finanzkünstler versucht habe, da ja der Antrag eine Herabsetzung auf 40, obwohl das das Ideal sei, noch gar nicht verlange. Das Rechenexempel des Herrn W. leidet aber noch an einem anderen Fehler. Er hat angenommen, daß bei Herabsetzung auf 40 jede Klasse der Oberstufe 10, jede der Mittelstufe 20, jede der Unterstufe 29 Kinder abgeben müsse. Nun hat ja aber — glücklicherweise — nicht jede Klasse die Maximalfrequenz. Die Zahl der überzähligen Kinder und dementsprechend die Kosten für neue Schulen dürften sich also selbst dann erheblich niedriger stellen, wenn wirklich gleich 40 als Maximum verlangt würde. Wie wenig Grund vorliegt, die Kosten für unerschwinglich zu halten, das beweist folgende Berechnung, die wir dem aufsehenerregenden Rechenexempel des Herrn W. entgegenstellen. Nach dem Stande von Anfang 1896 betrug die Durchschnittsfrequenz in Ober-, Mittel- und Unterstufe bez. 43—44, 53—54 und rund 59, bei einem Maximum von 50, 60 und 69. Wird die Durchschnittsfrequenz zunächst auf 40, 45 und 50 herabgedrückt, wobei es durchgängig ist, als Maximum 50, 55 und 60 festzuhalten, so ist das schon ein bedeutender Fortschritt gegen heute. Dann sind aber, nach dem Stande von Anfang 1896, nur für 25 775 Kinder neue Schulen zu schaffen. Rechnet man pro Schule 18 Klassen mit 810 Kindern, so giebt das 32 neue Schulen mit etwa 13 Millionen Mark Grundstücks- und Baukosten. Nach dem Stande der nächsten Jahre würden sich die Zahlen natürlich etwas erhöhen. Es bedarf wohl kaum erst der Erwähnung, daß da so viel Schulen nicht in einem Jahre errichtet werden können, die Kosten sich auf eine Reihe von Jahren verteilen würden, sodas von Unersehbarkeit keine Rede sein kann. Es schien am Donnerstag beinahe, als ob der Antrag unserer Genossen wieder nach dem bekannten und oft bewährten Rezept: „Denn eben, wo der gute Wille fehlt, stellt sich zur rechten Zeit 'ne Ausflucht ein“, behandelt werden sollte. Es gelang jedoch, durchzusetzen, daß er der Schuldeputation überwiesen wurde, mit dem Auftrage, der Versammlung später darüber Bericht zu erstatten.

Der deutsche Kaiser und der Feld von Spenge wurden dieser Tage von dem antisemitischen Herrn Prehel in einer Kirchen-Wählerversammlung, die sich mit Iskraut besetzte, recht auffällig erwähnt. In einem Bericht, den die „Berl. Ztg.“ über diese Versammlung bringt, heißt es u. a. in der Wiedergabe der Rede des Herrn Prehel:

Es ist bedauerlich, daß das Konsistorium in seinem Erkenntnis sich hergibt, sich direkt aus Zeitungsartikeln zu berufen, wie zum Beispiel auf die „Neue Westfälische Volkszeitung“, und daß das Konsistorium auf von Zeitungen erfundene Namen eingeht, wie zum Beispiel die „Schlacht bei Spenge“. Nun folgen einige Ausführungen, die sich auf diese „Schlacht bei Spenge“ beziehen, d. h. auf jene brutale Schlägerei zwischen sozialdemokratischen Arbeitern und einer vom Pastor Iskraut geführten, mit Dreschfliegeln und Hengabeln bewaffneten Schaar Spenge'scher Bauern. Herr Prehel sagte:

Ich bin nun informiert, daß Se. Majestät der Kaiser das Verhalten Iskraut's in diesem Falle Spenge höchst anerkennend dem Regierungspräsidenten gegenüber besprochen hat, ja daß er sogar dem Regierungspräsidenten den ausdrücklichen Wunsch ausgesprochen hat, dies Iskraut zu sagen!

Die „Berl. Ztg.“ meint hierzu: „Aus die Autorität des Herrn Prehel hin können wir allerdings nicht gut glauben, daß der Kaiser wirklich die ihm in den Mund gelegten Äußerungen gethan hat.“ Wie dem auch sei, so fühlen wir uns doch verpflichtet, für weitestgehende Verbreitung der Äußerungen des Herrn Prehel zu sorgen. Die Regierung hat es ja an der Hand, zu der Neuigkeit zu sagen, was sie für nötig hält.

Kaiser Wilhelm II. In Karlsruhe hielt der Kaiser am Donnerstag eine Rede zu Ehren seines Großvaters, den er als den „hohen in Gott Ruhenden“ bezeichnete. In der Rede kommt eine Stelle vor, in der die Berliner Arbeiter erwähnt werden. Sie lautet:

„In Berlin war es eine sehr hübsche Volkssitte, daß jeder Arbeiter, Bürger und Soldat, der an sein Tagewerk schritt, wenn er an dem Fenster meines kaiserlichen Großvaters vorüberging und zu meinem Großvater am Schreibtisch erblickte, hierin neuen Mut zur Arbeit schöpfte und mit um so größerer Freude seinen Pflichten nachging.“

Es finden sich in dem Blatte, das diese Rede bringt, keine näheren Mitteilungen darüber, wie Wilhelm II. zu der Liebeszeugung gekommen ist, daß eine solche „sehr hübsche Volkssitte“ u. a. bei jedem Arbeiter, der unter bewandten Umständen an sein Tagewerk schritt, dereinst in unserer Stadt im Schwange war.

Bureaukratische Weisheit. In einer kleinen Stadt in der Nähe von Berlin war ein Restaurateur um Erweiterung seiner Konzession eingekommen. Daraus erhielt er von der Polizeiverwaltung die Nachricht, daß dies Gesuch nur dann an den zuständigen Kreisamtschef weiterbefördert werden könnte, wenn ein Führungsausschuss eingereicht würde. Der Restaurateur dachte sich zwar, daß die Polizei, als die einzige dazu kompetente Behörde, sich sehr leicht ohne weiteres über seine Führung hätte äußern können, indessen that er ein übriges, und als er bald darauf sein Konzessionsgesuch von neuem direkt an den Kreisamtschef einreichen wollte, bat er vorher die Polizeiverwaltung um das Führungsausschuss. Diesmal schrieb ihm dieselbe Polizeibehörde mit der Unterschrift desselben Beamten, der ihm kurz vorher die Notwendigkeit des Führungsausschusses mitgeteilt hatte, daß sie auf Grund einer seit 5 Jahren ergangenen Ministerialverordnung überhaupt nicht zur Erteilung eines solchen Attestes befugt wäre, daß sie solches vielmehr nur auf Ersuchen einer Behörde erteilen dürfte. — Da soll einem nun nicht der Verstand still stehen bleiben.

Auch ein Kampf zwischen Junkertum und Börse. Ein hiesiges Blatt, dessen zum Christentum übergetretener „Chef“ in dem Rufe steht, sich gern an aristokratische Kreise heranzuschließen, weiß über einen Vorfall, der in einem der hiesigen vornehmsten Klubs passiert sein soll, folgendes zu berichten: „In den Mitgliedern gehört ein bekannter Mittergutsbesitzer und Sportidman. Dieser Herr hat auf seiner Besorgung eine Tafel mit der Aufschrift anbringen lassen: „Hunden und Juden ist der Eintritt bei Strafe verboten.“ Als dies bekannt wurde, trat ein bekanntes jüngeres Mitglied unserer Ästetischen Hochfinanz aus dem Klub aus. Einer der angesehensten Berliner Bankdirektoren, welcher gleichfalls Mitglied des Klubs ist, richtete an den Vorstand ein Schreiben, worin er den Antrag stellte, daß von Seiten des Direktoriums gegen den Mittergutsbesitzer eingeschritten werden möge. Der Vorstand antwortete, daß ein derartiger Schritt nicht innerhalb seiner Machtbefugnis liege, da der „Ort der That sich außerhalb Berlins befindet.“ Gleichzeitig wurde dem Antragsteller bedeutet, daß er, im Falle seines Austritts, jedenfalls noch den Jahresbeitrag auch pro 1898 zu erlegen habe. Wie wir hören, wird daraufhin der größte Teil der Mitglieder seinen Austritt anmelden.“

Da hat der Juden- und Hundeseind etwas Richtiges angerichtet. Wer wird jetzt den Edelstein und Westen Geld borgen?

Ein Massenpejning mit Fischen wurde am Freitag Nachmittag in der Rohrungsmitel-Ausstellung vorgenommen. Bekanntlich versucht man schon seit einigen Jahren, durch die Einführung von Seefischen die Volksernährung zu beeinflussen, und unterhält zu diesem Zwecke die Bildung von Fischerei-Gesellschaften, doch hat das alles noch nicht die zu wünschenden Erfolge erzielt; denn, wie jede Arbeiterfrau wissen wird, stellt sich ein Gericht Seefische kaum billiger wie die anderen Gerichte, die sie auf den Tisch bringt. Bisher ist höchstens durch den Seefisch eine Vereinerung der Speisen erzielt worden, oder vielmehr: Der Seefisch ist an die Stelle der Süßwasserfische getreten. Durch die Raubfischerei, wie sie vielfach betrieben wurde, so z. B. von den Holländern, durch die verschiedene Fischarten fast gänzlich ausgerottet worden sind, u. a. der Meisich im Rhein und der Sidr in der Elbe, und durch die störenden Flussregulierungen und schädlichen Einflüsse der Ausbreitung der Industrie auf die Gewässer, sowie durch die Entwaldung großer Landstrecken, ist die Binnenseiferei zur Bedeutungslosigkeit in der Volkswirtschaft herabgesunken. Dafür aber hebt sich die Hochseiferei. In den vierhundert Segelfahrzeugen der deutschen Fischerflotte sind in den letzten Jahren über 80 Fischdampfer gekommen, die mit sogenannten Baumstamm-schleppnetzen Massenfang betreiben. Die Fische werden sofort an Bord ausgeweidet und in Eis verpackt. Man versucht so, den Seefischhandel des Auslandes nach Deutschland lahm zu legen, durch den an 40—50 Millionen Mark jährlich nach Dänemark, Holland und anderen Staaten fließen. Das dürfte aber kaum gelingen, denn bei dieser Summe kommt nur etwa ein Zehntel für Fische in Betracht, die auch im deutschen Fischgebiet gefangen werden; an 40 Millionen Mark nämlich bezahlen wir an das Ausland für Heringe, deren Fang gewissermaßen ein Monopol desselben bildet. Durch zweckentsprechende Verwirklichung der Fischerschulen, in denen die Fischer über die Lebensweise, Wanderungen und Laichzeit der Fische, sowie lohnende Fangweise unterrichtet werden, ferner durch Verbesserungen des Betriebes des Fanges wird aber doch viel zu erzielen sein, um den unermeßlichen Reichtum des Meeres nutzbar zu machen.

Die Speisung selbst verlief nicht ganz glatt. Frau Sina Morgenstern hatte die Bereitung und Verteilung der Speisen übernommen, die unter Schwierigkeiten vor sich ging. Fische dürften sich wegen ihrer umständlichen Zerlegung kaum für die Massenernährung eignen. Sie würden sich auch zu teuer stellen, wenn man nicht rationeller vorgeht, wie bei der Speisung. Für 500 Mann waren nämlich 6 Zentner Fisch nötig, die einen Wert von 160—180 Mark darstellen. Es lämen also ohne Zuhalten auf den Mann mehr wie 30 Pfennig. Die Fischhandlung G. Vindenberg, von der die Fische unentgeltlich geliefert wurden, hat also höchstwahrscheinlich den Soldaten nur einen Festtagschmaus bereitet, wenn nicht die Militärverwaltung direkt mit Fischerei-Gesellschaften abschließt, die in neuester Zeit sich an Fabrikanten wenden, die große Posten Seefisch beziehen und sie für 14—16 Pfennige das Pfund an ihre Arbeiter abgeben. Auf diesem Wege kann der Seefisch vollständig werden, doch haben

sich die Arbeiter vor einer Neueinführung des Truchsystems zu hüten!

Die Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Zunft theilt uns mit, daß die Werbung einer Zeitungs-Korrespondenz, wonach der auf 15 Pf. erhöhte Preis für Barbieren allgemein wieder auf 10 Pf. zurückgegangen sei, durchaus nicht zutrefte. Eine große Anzahl Barbiers haben die Preiserhöhung durchgeführt und das Publikum erkenne deren Berechtigung an.

Der „Musikerfreil“ in der Meyder'schen Kapelle gründet sich, wie das „Berl. Tagebl.“ weiter hört, unter anderem auf den Umstand, daß Herr Meyder seinen materiellen Verpflichtungen gegen die Orchester-Mitglieder nicht nachkam. Er vorertheilt ihnen am 16. d. M. die Gage und zahlte auch der Westlerin des „Ruisenhofes“ in der Dreddenerstraße die fällige Miete nicht. Die Musiker sind also ganz unverdient in eine sehr bedrängte Lage geraten. In Berücksichtigung dieses Umstandes hat ihnen die Westlerin des genannten Konzertraumes den Saal für Sonnabend und Sonntag zur Verfügung gestellt. Herr Meyder ist, wie verlautet, zu Schiff nach Kopenhagen.

Der Deutsche Volkshochschul-Verein, Abteilung Berlin, veranstaltet von Oktober ab in den Rufen der Berliner Gemeindefschulen abends 8 1/2 Uhr pünktlich folgende unentgeltlichen Vortragskurse: 10 Vorträge über Physik mit Experimenten vom 9. Oktober ab jeden Sonnabend Gneisenaustr. 7 (Oberlehrer Dr. Gleichen); 24 Vorträge über das Zeitalter der Revolution vom 12. Oktober ab jeden Dienstag und Donnerstag hinter der Garnisonkirche 2 (Professor Dr. Wolffstieg); 6 Vorträge zur Einführung in die Philosophie vom 20. Oktober ab Diefenbacherstr. 60/61 (Dr. Georg Rosenthal); 6 Vorträge über Familienrecht vom 25. Oktober ab jeden Montag Genthinerstr. 4 (Frau Sera Pföhl); 6 Vorträge über Entwicklung und Pflege des Kindes in den ersten Lebensjahren vom 25. Oktober ab jeden Montag Stallkreiberstr. 54a (Dr. Michael Cohn); 14 Vorträge über Strafrecht vom 27. Oktober ab jeden Mittwoch und Freitag Reibstr. 31/32 (Rebakteur Dr. Webe). — Der Zutritt zu diesen Vortragskursen, auch zu denen, die schon begonnen haben, steht jedem, Männern und Frauen, ohne weiteres frei. Vom nächsten Jahre an wird der Volkshochschul-Verein außer Vortragskursen auch unentgeltliche Unterrichtskurse in Mathematik, fremden Sprachen, Stenographie etc. veranstalten.

Ueber die Einmischung der Polizei in eine Privat-Injurienklage berichtet das „Vollt“: In der Wohnung des Chef-Adjutanten des „Vollt“ erschien gestern ein Schuhmann mit dem mündlichen Bestelleung, Herr v. Derken möge sich auf dem Polizeibureau in der Derslingerstraße einfinden. Da die Drohung hinzugefügt war, es werde im Falle des Nichterscheins eine Citation auf das Polizeipräsidium erfolgen, so begab sich Herr v. Derken, um Zeitverluste zu vermeiden, auf das Bureau. Hier stellte sich nun heraus, daß er in der beim Königl. Amtsgericht abhängigen Privat-Injurienklage des Kommerzienraths Weder gegen die Rebellion des „Vollt“ vernommen werden sollte. Herr v. Derken erklärte zu den Akten, daß er jede Aussage zur Sache ablehne, da er gar nicht informiert sei, und bezog sich auf seinen Verteidiger, der die (beiläufig sehr verwickelte) Sache bearbeitet habe. Merkwürdig muß es aber erscheinen, wie und warum die Akten einer Privat-Injurienklage vom Königl. Amtsgericht auf das Polizeibureau in der Derslingerstraße kommen und inwiefern ein Polizeiwachmeister dazu kommt, in dieser Sache Feststellungen zu machen.

Wahrscheinlich sollen in Gemäßheit eines Erlasses des Ministers der öffentlichen Arbeiten nimmere auch in den durchgehenden Wagen dritter Klasse für D-Züge angebracht werden. Die Einrichtungen werden nach Maßgabe der von der Königl. Eisenbahn-Direktion Berlin dem Ministerium eingereichten Zeichnungen und zwar bei Gelegenheit größerer Reparaturen an den in Frage kommenden Wagen dritter Klasse angebracht werden.

In der Herberge zur Heimath in der Oranienstraße spielte sich gestern Abend wieder eine jener Szenen ab, die sich so oft an dieser Stelle ereignen. Der 68 Jahre alte Kupferschmied Wilhelm Marowich hatte sein Abendbrot auf dem Tische ausgebreitet und einige Gäste aufgefordert, mitzuspisieren. Dies war nach Mitteilung eines Augenzeugen dem Herbergsbesitzer nicht recht und ohne weiteres wurde der alte Mann vor die Thür gesetzt. Kennt man das christlich?

Ein Dieb, welche Nachts Schaulaffen mittels Nachschlüssel öffnete, fand eine große lederne Handtasche, eine Aktenmappe mit 2 Schlössern, drei Portemonnaies, eines in Brustbeutelform, zwei Wandteller, auf jedem 1 Wüch und 2 Krieger (Zechgelage und Kartenspieler), eine Glashale mit Gläsern, ein Kasten aus Pappe mit verstellbarem Kalender, ein Thermometer mit Glycerinbläthen eingetaucht, ein kleines hölzernes regulatorisches Uhrgehäuse, drei Bilder (Kain und Abel, Hansjörgen, ein Mann, welcher durch Vergrößerungsglas eine Libelle betrachtet), 9 Korsetts, Haarbürste, Kleiderbürste, Seifenboxe, Gladbüchle mit Zahn- und Nagelbürste, aus einem Toilettenespresso-Kasten, abgenommen worden. Die Eigentümer wollen sich vertäglich vormittags zwischen 9 und 12 Uhr im Polizeipräsidium, Erdgeschoss, Zimmer 97, melden.

Im Eisenbahnhause hängt hat sich gestern Abend der Diener Friedrich Wilhelm Berken aus der Söwinmünderstr. 99. Als in Paulow Hofgasse in den Oranienburger Vorortzug einsteigen wollten, sahen sie in einem Abteil 3. Klasse einen Mann an einer Schur hängen. Eine Dame, die ihn zuerst bemerkte, schrie vor Schreck laut auf. Bahnpostbeamte schnitten den Erhängten ab und versuchten vergebens, ihn ins Leben zurückzurufen.

Bei einem Brande um das Leben gekommen ist in London ein junger Berliner, der seit etwa drei Monaten dort ansässige 22jährige Handlungsgehilfe Berndt. Der junge Mann, welcher in einem größeren Manufakturwaaren-Geschäft der City in Stellung war, hatte in einem Vororte Londons ein Zimmer gemietet. Vermuthlich durch Unvorsichtigkeit des jungen Mannes entstand in der Nacht Feuer, welches erst ziemlich spät entdeckt wurde. Als die Feuerwehre in das Zimmer drang, fand der ganze Raum in Flammen; mit furchtbaren Brandwunden bedeckt, wurde Berndt aus dem brennenden Gebäude gebracht und nach einem Spital geschafft, wo er am Sonntag, wie den in Rigby wohnden Verwandten des Berndt mitgetheilt wurde, unter entsetzlichen Schmerzen verstarb.

Ein Kind verbrannt. Am 19. d. M. abends fiel der fünfjährige Sohn des Pförtners des Industriegebäudes in der Kommandantenstraße, Wilhelm Rehr, in der Waschküche beim Spielen in eine auf dem Fußboden stehende, mit heißem Wasser gefüllte Waschwanne und zog sich so schwere Brandwunden am ganzen Körper zu, daß er am nächsten Tage nachmittags starb.

Vermißt wird seit einigen Tagen die 17jährige Tochter Margarethe des Töpfermeisters Knoll aus der Brunnenstraße Nr. 121. Das Mädchen ging am Dienstag Vormittag um 9 1/2 Uhr von Hause weg, besuchte eines kranken Bruders wegen einen Arzt in der Auguststraße und ist seitdem nicht mehr gesehen worden.

Selbstmorde. Infolge ehelicher Unstimmigkeiten versuchte nachmittags die unverschämte Schneiderin Pauline B. in ihrer Wohnung in der Amalienstraße ihrem Leben durch den Genuß von vergiftetem Weizen ein Ende zu machen. Sie wurde noch lebend in das Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht. — Die sechzehnjährige Tochter eines in der Kurfürstendamm wohnenden Briefträgers sprang aus einem Fenster im 4. Stock auf den Hof hinab, brach die Wirbelsäule und gab sofort ihren Geist auf. Vermuthlich hat Furcht vor Strafe das junge Mädchen in den Tod getrieben.

Ein neuer Komet. Auf der Trepow-Sternwarte hat Herr Direktor Archenhold Mittwoch Abend den neu entdeckten Kometen „Perrine“ beobachtet, der in Cassiopeia steht und sich nach dem Sternbild Cepheus gegen den Nordpol hin bewegt. Man sieht in dem Kometenkopf mit dem Niefenserntruche deutlich einen Kern, dessen

Helligkeit gleich der eines Sternes 11. Größe zu sein scheint, und der von einer Gasföhle umgeben ist, die sich 4-5 Bogensekunden weit erstreckt. Der gut ausgebildete Schweif läßt sich gegen zwei Bogenminuten weit verfolgen und zeigt die Helligkeit wie der Ringnebel in der Leyer. Wegen der seltenen Erscheinung von Kometen und deren nur kurzen Sichtbarkeitsdauer änderte sich die Beobachtungsbereitschaft für das Vorkommen dieses Kometen, daß in den nächsten Tagen von 2-4 Uhr die Sonne und sofort nach Sonnenuntergang bis Mitternacht der neue Komet beobachtet wird.

Paul Pauli, der bekannte Schauspieler und dramatische Lehrer (ehemaliges Mitglied des Deutschen Theaters), welcher mit seiner ersten Schülervorführung von „Kabale und Liebe“ einen außerordentlichen Erfolg errang, veranstaltet wiederum am Sonntag, den 24. Oktober er., im Belle-Alliance-Theater eine Vorstellung zu kleinen Preisen und zwar gelangt zur Aufführung „Die Geschwister“, „Onkel Moses“, in welchem Herr Pauli zum ersten Mal in Berlin den Moses Mendelssohn spielen wird; darauf folgt die drastische Posse „Monsieur Hercules“.

Feuerbericht. Donnerstag Abend 6 1/2 Uhr war Große Frankfurterstr. 66 ein Gasbrand zu löschen. Freitag früh gegen 8 Uhr brannte Wilhelmstr. 118/119 in einer Druckerei ein Arbeitsstück. Kurz nach 9 Uhr vormittags hatten Pantstraße 45 Kleidungsstücke Feuer gefangen. In allen Fällen war die Feuergefahr bei Ankunft der Wehr bereits beseitigt. Am 5. Uhr nachmittags erfolgte Maxm nach Charlottenstraße 14, wo in der Buchdruckerei von Nagel's Erben infolge Kurzschlusses bei der elektrischen Leitung Funken auf leicht brennende Stoffe überflogen waren. 6 1/2 Uhr endlich wurde die Wehr nach Schützenstraße 10 gerufen, wo ein Schornstein brannte. Die Feuerwärter blieben zur Beobachtung des Feuers auf dem Brandherde zurück.

Vasage-Vanopitum. Die „Wiener Tanz- und Operettengesellschaft“, welche unter Leitung des Wiener Musikdirektors Gotthard Ganecke eine Tournee durch die europäischen Hauptstädte unternimmt, geht, ist vom Direktor Neumann fürs Vasage-Vanopitum verpflichtet worden, wo sie vom 1. November ab im Theateraal auftreten wird. Die Vorstellungen des indischen Dances erreichen am 31. d. M. definitiv ihren Höhepunkt.

Wente (Sonabend) wird in der Urania in der Invalidenstraße der Grünlandreisende Dr. Erich von Drygalski einen Vortrag über Grünland halten, der mit einer Reihe von Projektionsbildern nach eigenen Aufnahmen begleitet sein wird. Dr. von Drygalski hat im Sommer 1891 und im Frühjahr 1892 bis zum Herbst 1893 als Leiter der von der Berliner Gesellschaft für Erdkunde ausgesandten Expedition an der Westküste Grönlands gewirkt, um dort wissenschaftliche Untersuchungen über das Polargebiet, seine Bewegung, sein Verhältnis zum Meer und zum Lande sowie über seine Wirkungen anzustellen.

Theater. Im Schiller-Theater wird heute die Gefangenenposse „Kriegs-Acht“ zum ersten Male wiederholt. — Im Bürgertheater des Reichshauses findet Sonntag Abend ein „Franz Schubert-Abend“ statt, unter Mitwirkung der Damen Frau Dr. Friedländer (Klavier), Frauentanz (Violine) und der Herren Julius Jarnetow (Gesang) und Leo Schrottenbock (Cello). Den einleitenden Vortrag hält Herr Dr. Carl Krebs. — In der morgen im Drenth-Theater zu haben Preisen in Szene gehenden Volksoper „Am Altar“ liegt die Hauptrolle in den Händen der Damen Bergmann, Schönbauer, Neely; der Herren Altshöfer, Jürgens, Wack, Böttner, Jellisch und Giesemann. — Im American-Theater feiert Martin Bendig, der „Ulmische“, am 5. November das Jubiläum seiner 25jährigen Bühnenbühnen. — In Kaufmann's Varietés werden die Stände „Ein Abend im Wintergarten“ und „Im Atelier“ am Montag zum 60. Male aufgeführt.

Aus den Nachbarorten.

Die Stadtverordneten-Wahlen in Schöneberg sollen vom 10. bis 12. November stattfinden. Der Wahlkampf tobt in schärfster Form. Besonders sind es zwei Parteien, die sogenannte „Bürger-Partei“, mit dem bekannten Carlsten-Cremers als Vorkämpfer an der Spitze und die sogenannte „Unabhängige Partei“, Liberale aller Schattierungen, vom Wasserhändler bis zum laienhaftesten Nationalliberalen, mit dem Eingemischten-Müller an der Spitze, die allen Anstand bei Seite lassend, sich in einer Weise bekämpfen, von der wir Arbeiter sagen können: „Da sind wir doch bessere Menschen!“ Weil man dem Cremer vorwirft, daß er, bei Edward zu Weich, mit dem ihm angeblichen Nachbarn auch seine Gesinnung geteilt, gibt er zurück, daß er noch keinen Manifestations-Eid geleistet; und wenn von „unabhängiger“ Seite behauptet wird, daß von einzelnen Mitgliedern der Bürgerpartei in ihrer Eigenschaft als Gemeindevorordnete bei Grundstücksverkäufen Schiebungen gemacht seien, so verländert dagegen der Kontrahent im amtlichen „Schöneberger Wochenblatt“, daß man im Lande wäre, mittels einer patentierten Polizeikamppe das ganze freilegende Gebäude zu besenken und den Nachbarn zu liefern, daß, die man sucht, hinter der eigenen Thür stecken. Wahrlich, ein Schauspiel für Götter!

Während diese edlen Mannesgeister sich lediglich um die Personenfrage freiten — handelt es sich doch um den jetzigen Amtsvorsteher zu Schöneberg, der seitens der „Bürger-Partei“ als tüchtiger Verwaltungsbeamter und Ausbund aller Tugenden, für den „Bürgermeister“-Posten in Aussicht genommen ist, von den „Unabhängigen“ dagegen für „unfähig“ erklärt wird, ein derartig entwickeltes Gemeinwesen zur Zufriedenheit aller zu leiten — lassen sie jedwede Rücksicht auf das Gemeinwohl bei Seite. Für sie ist nun einmal die Personenfrage die Hauptfrage, alle anderen für die Kommune in Betracht kommenden Fragen werden zurückgestellt, kommen erst in zweiter Linie.

Wie anders dagegen die dritte in Betracht kommende Partei am Orte, die sozialdemokratische!

Mit ruhiger Ueberlegung, getragen von dem Geiste des Idealismus, der Disziplin und dem Bewußtsein für eine gerechte und humane Sache zu kämpfen, ist sie dabei, ihre bewährten Kampfgewinne zu sammeln, die indifferenten, vom Klassenbewußtsein noch nicht durchdrungenen Arbeiter und Wähler zu wecken, sie zu erziehen, sich ihre Menschenrechte zu erkämpfen, ihnen das Verständnis ihrer traurigen, abhängigen Lage selbst der Kommune gegenüber vor Augen zu führen. Und dieser Kampf wird mit blauen Waffen geführt. Allen persönlichen Geheizen abhold, vertrauen auf ihre gute Sache. Ist die sozialdemokratische Partei in Schöneberg auf ihre persönliche, mündliche und schriftliche Agitation angewiesen. Sie führt einen Klassen- und keinen Personenkampf. Für sie ist die Person nichts, die Sache alles!

Deshalb Ihr Arbeiter, Handwerker, kleine Geschäftskräfte, heraus aus Eurer Gleichmuth, zeigt doch einmal den Gegnern, daß Ihr gewillt seid, Eure eigenen Geschicke auch selbst zu lenken, daß Ihr gewillt seid, Männer ins Stadtparlament zu entsenden, die das Interesse der Haupt-Steuerzahler, der kleinen armen Leute, vertreten; wählt Leute dorthin, die den Muth der Ueberzeugung haben; die Euch nicht vor der Wahl das Blaue vom Himmel versprechen, und nach der Wahl noch anlachen! Arbeiter und Handwerker Schönebergs! Stehen uns Sozialdemokraten Schönebergs auch nicht Selber zur Verfügung gleich jenen anderen Parteien, die durch Einladungen, Bückelreden etc., verleben mit dem Namen eines engeren und eines weiteren Ausschusses (und doch in einem der letzteren die Namen einer ganzen Wähler-Bräuererei, vom Chef bis zum Bierfahrer herab, verzeichnet) den Versuch wagen, bei Euch Stimmengang zu treiben, so soll Euch doch Gelegenheit gegeben werden, die Forderungen der Sozialdemokratie im Stadtparlamente im Interesse der Steuerzahler kennen zu lernen. In Laufe der kommenden Woche werden eine Anzahl von Bezirks-Versammlungen von Seiten der Sozialdemokratie abgehalten, zu denen schriftliche Einladungen verschickt werden. Möge ein jeder dieser Einladungen Folge leisten, um sich von der Wichtigkeit unseres Programms zu überzeugen. Sollen seine Gedanken verwirklicht, seine Interessen vertreten, soll sein Loos ein menschenwürdiges werden, dann hat er auch bei den Stadtverordnetenwahlen einem Sozialdemokraten seine Stimme zu geben.

Den Genossen von Steglitz und Friedenau zur Kenntnis, daß am Sonnabend Abend bei Tiele in Steglitz, Albrechtstr. 125, ein von Mitgliedern des Arbeiter-Bildungsvereins arrangiertes Familien-

festmahl stattfindet. Um rege Theilnahme wird gebeten. Der Besessene und Bekräftigende des genannten Vereins findet am Dienstag, den 28. d. M., abends 6 1/2 Uhr bei Weinert in Friedenau statt.

Friedrichsberg. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß morgen Sonntag im Orte ein Flugblatt verbreitet wird. Treffpunkt morgens 7 1/2 Uhr bei Bernhardt Sange, Gartenbergstr. 67. Um zahlreiche Theilnahme ersucht. Die Vertrauensperson.

Die Rixdorfer Gemeinde-Vertretung beschäftigt sich in ihrer am Donnerstag Abend abgehaltenen Sitzung mit der dortigen Kirchennotiz. Die evangelische Gemeinde will nämlich zur Befriedigung dieser Kirchennotiz eine zweite Kirche bauen und verlangt zu diesem Zwecke von der politischen Gemeinde die Hergabe des Heersdorf-Platzes, obwohl Rixdorf durchaus nicht an Plätzen reich ist. Die zur Prüfung dieser Angelegenheit niedergesetzte Kommission empfahl, prinzipiell die Hergabe des Platzes zu genehmigen. Genosse Mäxer trat entschieden gegen Hergabe des Platzes ein. Er und seine Parteigenossen seien der Ansicht, daß kirchliche Stellen für ihre Bedürfnisse aus eigenen Mitteln zu sorgen hätten. Wenn die politische Gemeinde in diesem Falle den Bauplatz unentgeltlich hergäbe, so sei sie sich der Gefahr aus, daß auch andere Kirchengemeinden mit ähnlichen Anträgen kommen. Wenn man den Platz bebauen wolle, so könne man ja die geplante Pfarrschule auf demselben errichten. Genosse Diermann bestritt, daß überhaupt ein Bedürfnis für eine zweite Kirche vorliege und beantragte Ablehnung des Kommissionsantrages auf Ueberlassung des Platzes. — Gemeindevorsteher Boddin bestritt, daß die Ueberlassung des Platzes. — Gemeindevorsteher Hesse ist prinzipiell gegen die Ueberlassung des Platzes an die Kirchengemeinde, da aber die Majorität dafür sein werde, wolle er wenigstens beantragen, daß im Verträge vorgeesehen wird, daß die gärtnerischen Anlagen des Platzes dem Publikum zugänglich gemacht werden müssen. — Bei der Abstimmung wird beschlossen, den Platz der Kirchengemeinde zu überlassen, ebenfalls wird der Antrag Hesse angenommen.

Aus Rixdorf. Einen plötzlichen Tod fand der Arbeiter Liesegang aus der Rixdorfer Gartenstraße. Auf dem Heimweg begriffen, brach er in der Hermannstraße plötzlich zusammen. Augenblicklich hatte ein Herzschlag seinem Leben ein jähes Ende gemacht. Hinterläßt seiner Frau zwei unversorgte Kinder.

Kunst und Wissenschaft.

— **Sudermann's „Johannes“** ist für das Hoftheater in Stuttgart freigegeben worden. Wird das Berliner Polizeiverbot nicht aufgehoben, so findet am Stuttgarter Theater die erste Aufführung statt. —

— **Frau Schumann-Heink**, die bekannte Altistin, die man so gern am das Berliner Opernhaus gezogen hätte, bleibt in Hamburg. Sie hat dort neuerdings einen Kontrakt abgeschlossen, der auf zehn Jahre lautet. —

— **Ein Bild der Nonne Roswitha** wird am 25. Oktober in Wien zu Gunsten des Vereins für erweiterte Frauenbildung zur Aufführung gebracht. Das Bild führt den Titel „Fall und Buße Maria's, der Nichte des Einflüsterers Abraham.“ Roswitha lebte um das Jahr 950 im Kloster Sandersheim. —

— **Drei Nasensteine (Rhinolithen)**, auf operativem Wege aus den Nasen eines 47-jährigen Herrn und zweier Damen im Alter von 41 und 46 Jahren entfernt, wurden am Mittwoch von einem Mitglied der Berliner Medizinischen Gesellschaft demonstriert. Wie es fast immer bei derartigen Gebilden der Fall ist, handelte es sich um eingedrungene Fremdkörper, um die sich die Nasensekretsalze ansammeln und dann zu einem Nasenstein eintrocknen. Der Kern der Rhinolithen entpuppte sich bei dem Herrn als ein kleiner Schußknopf, bei den Damen als kleiner Kieselstein. Diese Gegenstände können nicht anders als in der Kindheit der betr. Personen in die Nase hineingekommen sein und haben somit an 35-40 Jahre in der Nase verweilt. —

Gerichts-Beilage.

Im Prozeß Sternberg und Genossen ist gestern Nachmittag 4 1/2 Uhr unter eingehender Begründung die Freisprechung sämtlicher Angeklagten verurteilt worden. Damit hat der große Bankprozeß sein Ende erreicht, der seit vier Jahren unendlich viel Arbeitskraft absorbiert, große Beträge lahm gelegt und etwa 100 000 M. Kosten verschlungen hat.

Ein Berliner Schumann. Wegen wiederholter Mißhandlung im Rufe und Mithigung stand gestern der frühere Schumann Geblor vor der I. Strafkammer des Landgerichts I. Der 25-jährige Angeklagte, welcher 14 Monate im Dienste der Schumanngesellschaft sich befand, hatte am 8. Mai Posten auf dem Wäckerplatz in der Zeit von 1-4 Uhr nachmittags. An diesem Tage fand die Einweihung der Garnisonküchen in der Hofenstraße in Gegenwart des Kaiserpaars statt. Die Truppen kamen zurück und am Wäckerplatz haute sich die unzählige Menschenmenge. Am Wäckerplatz 1 befindet sich ein Expeditionsgeschäft. Unglücklicherweise verlor ein vor diesem Hause stehender großer Wagen ein Rad und lag nun fest. Als eine Anzahl von Personen sich nun damit abmühte, den Wagen wieder flott zu machen, trat der Angeklagte heran und forderte sie in barschem Tone zum Weiterrücken auf. Der inzwischen verstorbenen Arbeiter Tiede, der die Arbeiten leitete, hatte einen Arbeiter Tanowski zur Hilfe angenommen. Diesen packte der Angeklagte plötzlich beim Genick und warf ihn zu Boden. Als sich Tanowski erhob, wurde er zum zweiten Male gepackt und abermals zu Boden geworfen. Dann knielte ihn der Angeklagte so stark, daß T. noch nach acht Tagen an den Verletzungen krank darnieder lag, und stürzte ihn darauf zur Wache. Er soll auch den verstorbenen Tiede an der Brust gepackt und mit den Worten: „Scheren Sie sich von hier weg!“ zurückgestoßen haben. Dann verlangte er, Tiede solle den Wagen in zwei Minuten wegchaffen lassen, „sonst würde er die Feuerwehr holen lassen.“ Er soll auch den Tiede weggedrückt haben, indem er ihm drohte, „daß er ihm anderenfalls den Schädel zerspalten würde.“ Unter den Personen, die bei dem Wagen Hilfe leisteten, befand sich auch ein gewisser Richter. Ohne weiteres forderte er auch diesen auf, ihn zur Wache zu folgen, weil er seinen Anordnungen nicht nachgekommen sei. Beim Transport zur Wache soll er den T. so stark an dem Knebel gezerrt haben, daß der zweite beim Transport befindende Schumann auch immer mit hin- und hergerissen wurde. Am Tempelhofer Ufer stieß er ihn gegen die Mauer des Rotherstifts und schlug ihn wiederholt in das Gesicht, so daß sein Kollege ihn mehrfach ermahnte, sich doch ruhiger zu verhalten. Während dieses ganzen Vorfalles war das Publikum aufs höchste empört und rief dem Angeklagten höhnische und entrüstete Worte zu. Allseitig schrie man: „Der Schumann muß betrunken sein oder er ist verrückt!“, worauf die Antwort des Angeklagten erfolgte: „Verdammt Schweine, wenn Ihr nicht weg geht, schlage ich Euch über den Schädel!“ Einem Manne, der ihn davon verständigte, daß der Transport noch ein Paar Stiefel auf dem Wäckerplatz habe stehen lassen, erklärte er ohne weiteres: „Schweigend Sie, oder ich schlage Ihnen eins über den Schädel!“ Als man auf dem Polizeibureau von dem Geschehen des Angeklagten hörte, schickte man ihn zu dem Polizeiarzt Sanitätsrath Becker, der ihn sehr aufgeregt fand. Am anderen Tage ist er dann wieder zu dem Sanitätsrath Becker gekommen, da bei ihm die Infuenza ausgebrochen war. Er war 4-5 Tage lang krank und ist dann aus dem Polizeidienst entlassen worden. Der Staatsanwalt Dr. Herich beantragte ein Jahr drei Monate Gefängnis und Aberkennung der Befugnis zur Verrichtung öffentlicher Aemter auf die Dauer von fünf Jahren. — Der Gerichtshof sprach den Angeklagten von der Anklage der Mithigung frei, weil er das Moment der Widerrechtlichkeit verneinte. Der Angeklagte hat sich nach der Ansicht des Gerichtshofes jedenfalls für berechtigt gehalten, bei dem Trübel, der damals auf dem Wäckerplatz herrschte, in dieser

energischen Weise seinen Anordnungen Ausdruck zu geben. Der Gerichtshof ließ zwei Mißhandlungen für erwiesen, billigte ihm aber mildernde Umstände zu, weil sich der Angeklagte auf einem schwierigen Posten befunden habe, in der Menge Elemente gewesen seien, die ihn gereizt haben und er unter dem Einflusse der Vorböten der Infuenza gestanden habe. Das Urtheil lautete daher nur auf drei Monate Gefängnis.

Ein schweres Vergehen gegen das Nahrungsmittel-Gesetz, welches bei seinem Bekanntwerden Aufsehen erregte, beschäftigte gestern die dritte Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsraths Fritschen. Aus dem Viehhofe ist die Einrichtung getroffen, daß das schwach tuberkulöse und fettige Fleisch, welches von den Thierärzten verworfen wurde, in einem Dampfapparat einer so hohen Siedehitze unterworfen wird, daß die gesundheitsschädlichen Keime zerstört werden. Das so behandelte Fleisch wird nicht mehr als gesundheitsschädlich angesehen, sondern für einen billigen Preis verkauft. Das Unternehmen liegt in den Händen des Viehkommisars, Stadtverordneten Talle. Die Anstalt zerfällt in zwei Theile, in dem einen wird das tuberkulöse, in dem anderen das fettige Fleisch gelocht, welches von den Thierärzten als zur Verwendung zulässig bezeichnet wurde. In der Anstalt waren u. a. der Schlächtergeselle Max Wolter und der Fleischverkaufer Paul Zehle-Fischer angestellt. Sie sollen sich nun dahin schuldig gemacht haben, daß sie heimlich an Restaurateure, Budiker und auch an Privatpersonen nicht gelochtes, sondern auch rohes Fleisch abgegeben haben, welches als tuberkulös oder fettig der Gesundheit schädlich sein konnte. Einer dieser Abnehmer ist in der Person des Restaurateurs August Otto ermittelt worden, welcher in Wölgense bei den Eiswerken sein Geschäft besitzt. Er soll Jahre lang sorgfältig von den beiden erstgenannten das verbotene Fleisch gekauft haben und befand sich nun mit denselben auf der Anklagebank. Nachdem einige Zeugen vernommen worden waren, beschloß der Gerichtshof, die Sache zu vertragen und acht neue Zeugen zu laden. Auch soll vom Polizeipräsidenten eine Skizze des Kochhauses eingefordert werden.

Wie sich ein Unternehmer schadlos zu halten sucht, wenn er die Kurkosten für einen in seinem Betriebe verunglückten Arbeiter tragen soll, zeigt folgender Vorfall, der, obgleich er schon einige Monate zurückliegt, erst jetzt durch eine Verhandlung vor dem Zivilgericht zu unserer Kenntniß gelangt. Der Hausdiener Lehmann war in dem bekannten Schwabwaaerengeschäft von Tack u. Co. angestellt. Er verunglückte bei der Arbeit und mußte längere Zeit im Krankenhaus zubringen. Während seiner Krankheit erhielt Lehmann von der Firma seinen Lohn, abzüglich des Krankengeldes ausbezahlt. Da er seine volle Erwerbsfähigkeit nicht wieder erlangte und seine Stellung bei Tack u. Co. nicht weiter versehen konnte, auch auf Unfallrente keinen Anspruch hatte, so that die Firma ein übriges und veranstaltete unter ihren Bekannten und Geschäftsfreunden eine Sammlung zu Gunsten Lehmann's. Es kamen auf diese Weise 476 M. ein, zu welcher Summe die Firma Tack u. Co. noch 100 M. aus eigenem hinguzulegen versprach. Ehe das Geld jedoch dem Verunglückten ausbezahlt werden konnte, forderte die Krankenkasse, auf deren Kosten Lehmann behandelt worden war, von der Firma Tack u. Co. die Rückhaltung der Kurkosten, da Lehmann nach Ansicht des Krankenkassenvorstandes ein versicherungspflichtiger Arbeiter im Sinne des Unfallgesetzes, aber trotzdem von der Firma nicht versichert war. Nun ging der Wohlthätigkeitssinn der Firma Tack u. Co. in die Brüche. Sie zog nicht nur ihr Versprechen, der gesammelten Summe 100 M. beizufügen, zurück, sondern verweigerte auch dem Lehmann die von anderen Leuten für ihn aufgebrachtene 476 M., um sich für den Fall, daß sie zur Erhaltung der Kurkosten verurtheilt würde, an dem Gelde schadlos zu halten. Lehmann klagte auf Herausgabe der 476 M. und der ihm versprochenen 100 M. Sei es nun, daß der Firma inzwischen die Unrechtmäßigkeit ihres sonderbaren Verhaltens zum Bewußtsein gekommen war, oder mochte sie sicher sein, daß die Krankenkasse ihr gegenüber keine rechtlich begründeten Ansprüche habe, sie zahlte dem Verunglückten, ehe es zur gerichtlichen Entscheidung kam, die gesammelte 476 M. aus, sah aber von der Erfüllung ihres Versprechens, aus eigenen Mitteln 100 Mark dazuzulegen, ab. Die auf Zahlung der letzteren Summe gerichtete Klage, welche der Vorsitzende des Gerichts als aussichtslos bezeichnete, zog Lehmann zurück.

Wie zwischen jungen Bengeln Prügelkellen entstehen können, zeigte eine Verhandlung, welche gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I gegen den Studenten der landwirthschaftlichen Hochschule Wobd Tödter und den Studenten der Philosophie Hans v. Schweinitz stattfand, von denen der erstere der Herausforderung zum Zweikampfe, der letztere der Annahme dieser Herausforderung schuldig war. In einer Juni-Nacht befanden sich die Angeklagten in einem Café. Da sie nicht bekannt waren, soßen sie an gesonderten Tischen. Tödter entfernte sich zuerst. Als er an v. Schweinitz vorbeiging, machte dieser eine scherzhaftige Bemerkung über die große Geweiheide, mit der Tödter's Stoch versehen war. Dies konnte sich der Eigentümer des Cafés nicht gefallen lassen, er gab eine Erwiderung, deren Sinn und Wortlaut er nicht mehr anzugeben vermochte, die er aber wohl selbst für beleidigend hielt, denn er trat auf v. Schweinitz zu und forderte ihn auf, ihm nach einem Nebenraum zu folgen. Hier erklärte Tödter seinem Gegner, daß er ihm „zur Verfügung“ stehe, wenn er sich verlegt fühle. v. Schweinitz schloß sich sehr leicht, es wurden deshalb die Karten gewechselt. Am folgenden Tage erschien bei v. Schweinitz ein Kartellträger, welcher ihm eine Forderung auf Schläger überbrachte. Der Kampf sollte 2 1/2 Minuten oder bis zur Abfuhr dauern. Am Nachmittage des 17. Juli sollte der „Ehrenhandel“ im Bierchen Restaurant in der Gartenstraße zum Auszuge gebracht werden. Die Gegner fanden sich bereits, mit den üblichen Bandagen versehen, kampfbereit gegenüber. Da erschien ein Schumann, der die Prügelkelle verhielt. Die Polizei war durch ein anonymes Schreiben von dem Vorfall verhängt worden. Da beide Angeklagten gefähig waren, beantragte der Staatsanwalt gegen dieselben je eine Woche Festungshaft. Das Gericht erkannte nur auf je einen Tag Festungshaft.

Am 5. Mai d. J. wurden die beiden früheren Kassenbeamten der Georgenkirch-Gemeinde, Heine und Lalle, von der ersten Strafkammer des Landgerichts I wegen Unterschlagung von 9 Monaten Gefängnis verurtheilt. Rechtsanwalt Dr. Schwandt legte gegen das Urtheil Revision beim Reichsgericht ein, und letzteres hat jetzt das erste Erkenntniß aufgehoben und die Sache in die Vorinstanz zurückgewiesen.

Ein Strich durch die Verfrömmungsverordnung. Der § 11 der für die Provinz Brandenburg erlassenen Oberpräsidial-Verordnung vom 5. Oktober 1896 bestimmt, daß Tanzmützen, Hülle und ähnliche Lustbarkeiten in Gastwirthschaften und sonstigen Vergnügungsorten, auch wenn sie in geschlossenen Gesellschaften stattfinden, an Sonn- und Festtagen vor 8 Uhr nachmittags nicht beginnen dürfen. Hiergegen sollte sich der Gastwirth Weigel in Rummelsburg vergangen haben. Am ersten Weihnachtstage des vergangenen Jahres seierte in seinem Lokale ein Verein einen Konmerz, der verbunden war mit einer Theateraufführung. Die Polizei hatte dazu die Erlaubniß gegeben, zugleich aber betont, daß nicht getanzt werden dürfe. Trotzdem wurde nach Mitternacht ein Tanzgen ristik. Weigel sollte nun dafür büßen, daß er dies geduldet hatte. Schöffengericht und Landgericht sprachen ihn jedoch frei. Da es sich hier um eine geschlossene Gesellschaft gehandelt habe, hätte der Tanz nur verboten werden können, wenn die äußere Heilighaltung des zweiten Feiertages darunter gelitten hätte. Das sei aber nicht der Fall gewesen. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein; der Oberstaatsanwalt beantragte aber selber die Verwerfung der Revision. Er machte folgende bemerkenswerthe Ausführungen: Allerdings habe Weigel dem Wortlaute des § 11 der Verordnung entgegen gehandelt. Nach ihrem bestimmten Wortlaute könne aber jene Bestimmung nicht ausgelegt werden, denn dieser Wortlaut finde in Gesetz keine Stütze. Die Grundlage der Oberpräsidial-Verordnung vom 5. Oktober 1896 bilde die bekannte Kabinettsordre von 1897, und diese beziehe sich nur auf die äußere Heilighaltung der Sonn- und Festtage. Der

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Die Konzentration der Betriebe in dem Gewerbe; Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom 14. Juni 1895; Gründe, welche die Ueberlegenheit des landwirtschaftlichen Großbetriebes abschwächen; der landwirtschaftliche Kleinbetrieb und die Sozialdemokratie.

Mit der Betriebszählung vom 14. Juni 1895 war eine landwirtschaftliche Betriebszählung verbunden, deren Hauptergebnisse in dem letzten von dem Kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebenen Vierteljahresschrift in zusammenfassender Darstellung verarbeitet worden sind.

Diese Vergleichung ergab, daß die Industrialisierung der nationalen Produktion und die Konzentration der Betriebe innerhalb der Industrie in raschem Tempo zugenommen. Es ergab sich, daß die landwirtschaftlich tätige Bevölkerung gegenüber den in Industrie und Handel Beschäftigten stark zurückgegangen ist und daß ebenso die Zahl der wirtschaftlich Selbständigen im Verhältnis zu den Angestellten in diesen Branchen eine rapide Verminderung aufweist.

Die Gewerbebezählungs-Ergebnisse für Preußen, über die der „Vorwärts“ neulich berichtete, weisen naturgemäß das gleiche Bild, vielleicht mit noch markanteren Zügen, auf. Daß die gewerblichen Zweigbetriebe, in denen der Inhaber ohne Gehilfen arbeitet, von 1882 bis 1895 um mehrere Prozent zurückgegangen, dagegen die mit Gehilfen arbeitenden Betriebe sich um 24 1/2 pCt. in Preußen vermehrt haben, besagt noch weniger als die andere Thatsache, daß die Zahl der in solchen Betrieben beschäftigten Personen sich um 50 pCt., also doppelt so schnell wie die Anzahl der betreffenden Betriebe selbst, gehoben hat.

Es liegt auf der Hand, daß die Tendenz zur Konzentration der Betriebe, die in den allgemeinen Zahlen der Betriebszählung zum Ausdruck kommt, sich in den verschiedenen Gewerbebezügen nicht überall gleichmäßig hat geltend machen können. In den allgemeinen Zahlen drückt sich nur das Gesamtresultat aus, zu dem weit voneinander abweichende Erscheinungsbilder sich summieren haben.

Die Konzentration der Betriebe, die auf gewissen Gebieten gewerblicher Thätigkeit der Konzentration der Betriebe sich entgegenstellen, können in keiner Weise über die auf Konzentration hinwirkende Gesamtneigung der industriellen Entwicklung hinwegtäuschen.

Wie steht es nun in dieser Hinsicht mit der Landwirtschaft? Trägt die Bewegung in dem Zeitraum von 1882 bis 1895 hier bereits dieselben Züge, die auf dem industriellen Gebiete so klar hervortreten? Das ist die erste Frage, auf welche die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählung Antwort erteilen sollen. Wir lassen hier die wichtigsten Angaben folgen:

Die rein landwirtschaftlich (d. h. als Acker, Wiese, bessere Weide, Hopfenland u. s. w.) benutzte Fläche umfaßt bei der 1895er Zählung 32 1/2 Millionen Hektar. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe war 5 1/2 Millionen. Während die landwirtschaftlich benutzte Fläche in den dreizehn Jahren seit 1882 sich um etwa 2 pCt. hat sich die Zahl der Betriebe nominell in einem mehr als doppelt so schnellen Maße, nämlich um mehr als 5 pCt. vermehrt. Eine Verzehnfachung, die allerdings zu einem Theile, wie das statistische Amt erklärt, aus größerer Genauigkeit der letzten Zählung herrühren mag, aber zweifellos zum Theil auch auf eine wirkliche, durch Parzellierung größerer Grundstücke hervorgerufene Erscheinung hinweist.

Faßt man die Betriebe mit einer Fläche bis 2 Hektar (1 Hektar gleich etwa 4 preuß. Morgen) zu einer Gruppe als Parzellenbetriebe, die von 2-5 Hektar als kleine, die von 5-20 Hektar als mittlere, die von 20-100 Hektar als größere bäuerliche Betriebe, und die von über 100 Hektar als Großbetriebe zusammen, so bietet sich folgendes Bild von der Verbreitung dieser Betriebsklassen:

Table with 3 columns: Betriebsart, im Jahre 1895, im Jahre 1882. Rows include Parzellenbetriebe, kleine Bauerngüter, mittlere Bauerngüter, größere Bauerngüter, and Großbetriebe.

Während also die Zahl der Großbetriebe und der größeren Bauerngüter fast unverändert geblieben, hat die der mittleren Bauerngüter um 72 100, die der kleinen um 34 892, die der Parzellen (von denen übrigens ein sehr bedeutender Bruchteil, mehr als 600 000, im Besitz industrieller Arbeiter ist) um 178 588 zugenommen.

Den Antheil an der landwirtschaftlich benutzten Gesamtfläche, den die verschiedenen Betriebsgruppen einnahmen, giebt die folgende Tabelle an:

Table with 5 columns: Betriebsart, i. J. 1895 Hektar, i. J. 1882 Hektar, 1895 pCt., 1882 pCt. Rows include Parzellen, kleine Bauerngüter, mittlere Bauerngüter, größere Bauerngüter, and Großbetriebe.

Es ist mithin der Antheil der kleinen und mittleren Bauerngüter an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche gewachsen, (und zwar von 10,01 auf 10,11, sowie von 28,74 auf 29,90 pCt.), wie denn ja auch die Anzahl der Betriebe in diesen Gruppen zugenommen hat, wogegen der Antheil der großen Bauerngüter und Großbetriebe, deren Zahl annähernd unverändert geblieben, sich um etwas vermindert hat.

Immerhin haben die eigentlichen Großbetriebe von 100 Hektar und darüber, obwohl sie noch nicht 1/2 pCt. aller landwirtschaftlichen Betriebe ausmachen, in Deutschland gegenwärtig annähernd ein Viertel der landwirtschaftlichen Fläche inne, zwei Fünftel etwa entfallen auf den bayerischen Besitz von 2 bis 100 Hektar, zu dem nahezu 70 pCt. aller landwirtschaftlichen Betriebe gehören, nur ein Zwanzigstel des Bodens ist unter Parzellen zerstückelt, während die Parzellenbetriebe — weitläufig die zahlreichsten — 38 pCt. aller Betriebe ausmachen. In den verschiedenen Theilen Deutschlands weisen die Verhältniszahlen der verschiedenen Betriebsgruppen natürlich große Abweichungen auf.

Soweit man aus der Verteilung des Bodens, als des wesentlichsten Produktionsmittels der Landwirtschaft, auf die Art und Weise landwirtschaftlichen Betriebes schließen kann, zeigen die ökonomischen Gesamtverhältnisse dieses Produktionszweiges in dem zwischen den beiden Zählungen liegenden Zeitraum ein merkwürdiges Verhalten. Und das, trotzdem infolge der anhaltenden Depression der Getreidepreise die Zahl der Substationen und Verkäufe, überhaupt das Tempo des Besitzwechsels in den verschiedenen Gruppen zweifellos ein sehr beschleunigtes war. Diese rasche Bewegung hat indes das Verhältnis, nach dem die allgemeinen Besitzgruppen an dem landwirtschaftlichen Boden partizipieren, und damit, wie man annehmen kann, das Verhältnis der verschiedenen Betriebsarten nur wenig verschoben. Diejenigen Veränderungen aber, die im Rahmen der statistischen Untersuchung hervortreten, lassen von der großen in der industriellen Entwicklung herrschenden Tendenz zur Konzentration der Betriebe nichts erkennen.

Die Waffe, mit der der Großbetrieb in dem Gewerbe vordringt, ist, wenn wir von seinen kaufmännischen Vorzügen absehen, die technische Ueberlegenheit, die größere Produktivität der mit Maschinen und allen Hilfsmitteln ausgestatteten Arbeit. Die größere Produktivität der Arbeit senkt die Produktionskosten, und die Verminderung der Produktionskosten gestattet eine Herabsetzung der Preise, mit der das unproduktiver und darum theurer arbeitende Handwerk nicht konkurrieren kann.

Aber der ökonomische Vorprung, den die Aneignung dieser wissenschaftlichen Erzeugnisse dem landwirtschaftlichen Großbetriebe dem Kleinbetrieb gegenüber geben konnte, hält keinen Vergleich aus mit dem Vorprung, den der wissenschaftlich-technisch ausgerüstete Großbetrieb in entscheidenden Zweigen der gewerblichen Produktion gewann. Denn einerseits hatte der landwirtschaftliche Großbetrieb nicht wie die gewerbliche Kapitalmacht ein thalassisches Monopol für die Einführung der verbesserten Methoden. Die rationelle Dürgung z. B. ist dem mittleren

und kleineren Betriebe annähernd wenigstens ebensowohl zugänglich, als dem landwirtschaftlichen Großbetriebe, ebenso wie jener durch Affoziation oder miethsweise sich die Benutzung wichtiger landwirtschaftlicher Maschinen sichern kann. Diese Art der Maschinenutzung, welche die Maschine hindert, ein ausschließliches Machtmittel in der Hand des Großbetriebes zum Niederkonkurrieren und zur ökonomischen Expropriation der kleinen Landwirtschaftsbetriebe zu werden, hängt aufs innigste damit zusammen, daß die Maschine in der Landwirtschaft überhaupt nicht kontinuierlich, sondern immer nur stoßweise, für gewisse, sich nur in sehr langen Zwischenräumen wiederholende Produktionsprozesse verwendet werden kann.

Dazu kommt, wenigstens auf dem europäischen Kontinent, als allgemeine der Einführung komplizierter Maschinen entgegenwirkende Bedingung, die außerordentliche Stillsitzzeit lebendiger Menschenarbeit. Denn je billiger die lebendige Arbeit, die durch Maschinen erspart wird, ist, um so billiger muß die Maschine selbst, oder um so größer muß ihre Leistung sein, wenn die Maschinenarbeit nicht nur produktiver, sondern auch rentabler, d. h. erheblich billiger wie die durch sie ersetzte Menschenarbeit sein soll.

Was wir hier herausgegriffen, sind nur einige der Momente, welche die verhältnismäßig große Widerstandsfähigkeit des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes trotz freier Konkurrenz und hoher Entwicklungsstufe der technisch-ökonomischen Wissenschaft verständlich machen. Sehr ins Gewicht fällt z. B. auch, worauf Genosse David in seiner methodischen und gründlichen Erörterung dieser Frage (Ökonomische Verhältnisse zwischen Landwirtschaft und Industrie, „Neue Zeit“ Jahrgang 1894/95) mit Recht bedeutenden Nachdruck legt, daß die Vorteile der Selbstarbeit in dem landwirtschaftlichen Kleinbetriebe viel schwerer, als in dem gewerblichen Kleinbetriebe wiegen, weil in der Landwirtschaft die Kontrolle der Leistungen und das Affoziationssystem bei weitem nicht in dem Maße, wie im Gewerbe zur Ausföhrung der fremden Arbeiterkräfte verwendet werden kann.

Eine starke Ausdehnung der im Großbetriebe bebauten Flächen konnte übrigens während der letzten dreizehn Jahre schon wegen der andauernden Agrarkrisis nicht erwartet werden. So lange nicht die Bodenpreise dem niedrigen Getreidepreis entsprechend heruntergegangen, fehlt auch die Aussicht auf Rentabilität landwirtschaftlicher Kapitalanlagen und damit der Anreiz, der große Kapitalmassen diesem Produktionszweige in spekulativer Absicht zuzuföhren und so vielleicht ein rasches Vordringen der landwirtschaftlichen Großbetriebsform allen Hemmungen zum Trotz herbeizuföhren könnte.

Die Stagnation in dem Verhältnisse der verschiedenen Betriebsformen zu einander, ja das Vordringen der mittleren und kleinen Bauerngüter, welches der Vergleich der beiden deutschen Betriebszählungen erkennen läßt, beweist nichts weiter, als daß die Tendenz zur Akkumulation der Betriebe wie jede andere ökonomische Tendenz an Bedingungen gebunden ist, die nicht überall und alle Zeit in gleichem Maße vorhanden. Wie jede andere Tendenz hat auch diese mit Hemmungen und Gegenkräften zu ringen, durch die sie innerhalb gewisser Grenzen theilweise aufgehoben werden kann. Die Sozialdemokratie hat gar kein Interesse, diese Erscheinung, sofern sie nur in ihrer Begrenztheit und Bedingtheit richtig aufgefaßt wird, in Abrede zu stellen. Auch ohne die Zerstückelung der bäuerlichen Betriebe bietet die landwirtschaftliche Struktur, so wie sie heute sich darstellt, der sozialistischen Propaganda durchaus günstige Angriffspunkte. Weltaus die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung hat, wenn sie sich auch gegenwärtig noch darüber im Unklaren ist, anti-kapitalistische Interessen, sie selbst, ebenso wie das Proletariat, vielleicht noch mehr, unter den gegebenen Verhältnissen, und könnte sich vom ökonomischen Interessensstandpunkt der kämpfenden sozialistischen Vorhut ohne weiteres anschließen. Nicht nur gehören die Landarbeiter, besonders auf dem stielbischen Grundbesitz, dazu, sondern ebenso die ungeheure Mehrheit der Parzellenbesitzer, die, wie wir sahen, allein 58 pCt. aller landwirtschaftlichen Betriebsinhaber stellt. Auch die Kleinbauern (weitere 18,29 pCt. der Gesamtzahl der Betriebsinhaber) und ein sehr bedeutender Theil der Mittelbauern, deren Güter 5 bis 20 Hektar umfassen, haben, weil sie keine fremden Arbeitskräfte ausbeuten, wohl aber durch kapitalistische Gläubiger und die Steuern des kapitalistischen Staates ausgebeutet werden, in Wahrheit alles andere als arbeitersindliche Unternehmerinteressen. Nur mangelnde Aufklärung und unklare Gesühle, nicht der so viel dauerhaftere Zwang des durch die ökonomische Lage selbst diktierten Interesses, hält diese Scharen von uns fern. Daß der Sozialismus nicht daran denkt, ihnen, wenn er die Macht erhält, ihre Güter gewaltsam fortzunehmen, darüber können sie wohl mit gutem Gewissen leicht beruhigt werden. Ganz davon abgesehen, daß sehr wahrscheinlich dann die Konkurrenz der Großbetriebe mächtig unter ihnen aufgeräumt haben wird, stehen ja bereits heute die Dinge so, daß die verschwindende Zahl der Großbetriebe eine um 9 pCt. größere Fläche als die Parzellenbetriebe und kleineren Bauerngüter zusammen umfaßt und dementsprechend nicht 9 pCt., sondern vielleicht 60-100 pCt. mehr Nahrungsmittel auf den Markt wirft. Kommt es also einmal zum Expropriieren, so wird der Hebel nicht an einer ganz anderen Stelle eingesetzt, als bei dem kleinen Bauernthum. Das weitere Schicksal desselben kann sich nur in friedlich ökonomischer Entwicklung ohne gewaltsames Eingreifen der Staatsgewalt entscheiden.

"Fortuna"

Größtes Herren- u. Knaben-Garderoben-Geschäft des Nordens

93 Kastanien-Allee 93, Ecke der Oberbergerstraße,

Winter-Paletots, guter Qualität von 12 M. an
 Sodenzollern-Mäntel 20
 Jaquet-Anzüge 13
 Rod-Anzüge 18
 Gehrod-Anzüge 27

Großes Stofflager
 zur Anfertigung nach Maß
 in eigener Werkstatt.

Hosen 1/14
 von reinwoollenem Stoff von 3.50 M. an
 Winter-Joppen 6.-
 Knaben-Anzüge u. Paletots
 in großer Auswahl 3.-
 Arbeiter-Bekleidung in großer Auswahl zu
 ausnahmsweise billigen Preisen.

M. Schulmeister

Schneidermeister,
 Dresdenerstr. 4, Hauptstrasse 143,
 Kottbusser Thor, Schöneberg.
 empfiehlt zu außerordentlich billigen Preisen nachstehende
 Spezialartikel: 31782*

Hohenzollern-Mäntel
 mit einer 5 Wtr. weiten Pelzlinie
 in schwarz, grau, blau
 u. modelfarben von 25 an

Winter-Paletots
 aus Edlino, Mocometo u. Krimmer-Stoffen,
 schwarz, blau, braun u. modelfarb.,
 1. u. 2. Preis, mit Lina gefüttert, W.
 wasserfeste Stoffe in allen
 modernen Farben 16-40

Winter-Joppen
 in gebieg. wollenen Zwirn-Stoffen,
 1. und 2. Preis 5-15

Jaquet-Anzüge
 modernster Farb., in Satin u. engl.
 Geweb-Stoffen, eleg. Ausföhrung 16-24

Jaquet-Anzüge
 in guten, wollenen, schwarz, Kamung-
 u. Satinstoffen, modern. Façons 22-36

Rod-Anzüge
 modernster Farben, elegante Schnitt-
 Façons 25-38

Rod-Anzüge
 von feinen Satin-, Duch- u. Raum-
 garn-Stoffen, dreiflig 30-42

Gehrod-Anzüge
 in dauerhaften, woll. Stoffen, verschiedenen
 Farben, Kamungarn und Geweb., von Wt.
 5-10

Knaben-Paletots u. Anzüge, Halbblume Façons in gr. Auswahl.

Schul-Anzüge
 in Cheviot, Seiden- und dauerhaften
 Zwirn-Stoffen, 1. und 2. Preis, von 5 M. an.

Arbeiterkleider für sämtliche Gewerke zu den billigsten Preisen.

Bekleidungen nach Maß von englischen, französischen und
 deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner
 persönlichen Leitung gut und billig ausgearbeitet.

Damenhüte

und Kinderhüte, garnirt u. ungarirt, empfiehlt in größter Auswahl
 zu billigen Preisen
Th. Sabor, Oranienstr. 201, zwischen Heinrichs-
platz u. Montanestrasse.

• Brunhilde • Roland Cheviot!
Unverwätliche u. echtfarbige Spezialitäten der Firma
Carl H. Klippstein & Co., Mühlhausen i. Thür. No. 11
Weber und Versand-Geschäft.
 Unsere reichhaltige Kollektion von Damen- und
Herrenstoffen sowie Portieren steht auf Wunsch
franko zur Verfügung.
 Zahlreiche, uns unverlangt zugewandene Anerkennungs-
 schreiben bezeugen die **Vorzüglichkeit** unserer Stoffe.



Hüte
 Schirme, Stücker, Kravatten
 nur mit
Kontrollmarke
Parteigenossen!

Jede Uhr
 reparirt und reinigt
 (ohne bei mir unter
 Garantie b. Gutachten
 nur 1 Mark 50 Pf.)
 außer Bruch, keine Reparaturen
 billiger. Großes Lager neuer und
 gebrauchter Taschenuhren, Regula-
 toren und Werke, alle Arten
 Ketten, sowie Brillen u. Pinneten.
Carl Lux, Uhrmacher,
35 Chaussee-Strasse 35.

Parteigenossen!
 Schirme, Stücker, Kravatten
 nur mit
Kontrollmarke
Hüte
Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2,
Ecke Stollbergstrasse 2.

Wo? machen wir unsere Herren-Partie hin?
 nach Pichelswerder „Zum alten Freund“
 da sind wir stets willkommen. (20611)

Möbel, Spiegel und Polsterwaren.
 Compl. Wohnungs-Einrichtungen.
Franz Tutzauer, Berlin SW., Blücherstr. 14.
 Tischlermeister, (23589)

Deutsch-Amerik. Schuhfabrik
 Berlin - Hamburg - Stettin.
5000 Paar
 elegante Damen-Knopfstiefel
eigens Fabrikat
 verkaufen unsere Filialen
 (so lange der Vorrath reicht)



Oranienstr. 162
Friedrichstr. 131
Rosenthalerstr. 67
Blücherstr. 13
 zum **Ausnahmepreis von M. 5⁹⁰,-**
 die wir en gros zu gleichen Preise verkaufen
 unter **Garantie der Haltbarkeit.**

Achtung! O. J. Engelke, Neue Jakobstraße 26.
 echten alten Nordhäuser Bitter Nr. 1, - 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Hut-Engros-Geschäft
Alvin Süssmann, Holzmarktstr. 38, part.
 Größte Leistungsfähigkeit der Aufträge.
 Herren-Hüte, weich oder fest, von 1,75 an bis 3,50 M.
 Kinder-, Knaben- und Konfirmationshüte von 1 M. an.
 Hochgelegener Gulliver Ia. 7,50 M.
 Wollhüte Ia. 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 9